

Israel: Gleichberechtigung oder Apartheid?

Streitgespräch Astrid Wagner vs. Martin Engelberg im Faktencheck

Inhaltsübersicht:

TEIL I: Die Debatte im Transkript: Astrid Wagner versus Martin Engelberg

Anlass der Untersuchung –
die debattierten Streitpunkte:

1. Die Protestbewegung gegen den Gaza-Krieg
2. Neutralitätspolitik als Friedenspolitik
3. Gefährdung der Meinungsfreiheit
4. „From the river to the sea...“ – ein „Aufruf zum Völkermord an Israel“?
5. Kreiskys Palästina-freundliche Politik
6. „Waren Sie schon mal in Israel?“
7. „Antisraelische“ Demonstrationen?
8. Apartheid¹ in Israel und den besetzten Gebieten – ja oder nein?
9. Österreich „an der Seite Israels“?
10. Ist die Rechtsanwältin Astrid Wagner „ahnungslos“?



Karl Wendl: Astrid Wagner vs. Martin Engelberg

TEIL II: Die Debatte im Faktencheck – „Jede Lüge muss mit der Wahrheit beantwortet werden.“

1. Muss man Israel und die besetzten Gebiete persönlich bereist haben, um sich ein Urteil bilden zu können?
2. Sind „Araber in Israel und den besetzten Gebieten vollkommen gleichberechtigt“?
3. Ist Arabisch in Israel eine „offizielle Sprache“?
4. Sind „in Israel Menschen jeden Glaubens vollkommen gleichberechtigt“?
Exkurs: Wie kommt es, dass Israel keine geschriebene Verfassung hat wie andere Staaten?
5. Dienen Araber in der Armee?
6. Ist Israel „das beste Beispiel einer lebendigen Demokratie und Rechtsstaat“?
7. Ist Israel ein Apartheid-Staat? Die Stimmen der Menschenrechts-Organisationen
8. Die beiden Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofs von 2004 und 2024
9. Welche Rolle hat Bruno Kreisky im Nahost-Konflikt gespielt?
10. Wer „lügt“ hier eigentlich? Das Streitgespräch in der Zusammenfassung

Nachgedanken: Auf welcher „Seite Israels“ steht „Österreich“? – Ein Blick hinter die Kulissen

TEIL I: Die Debatte im Transkript: Astrid Wagner versus Martin Engelberg

**„Wir müssen Gerechtigkeit, Aufrichtigkeit und Objektivität
zu den obersten Prinzipien unseres politischen Handelns machen.“**

Aus der Antrittsrede von Bundespräsident Dr. Thomas Klestil 1992
vor der Österreichischen Bundesversammlung.

Anlass der Untersuchung

Im Vorfeld zur Nationalratswahl 2024 in Österreich trafen die medienbekannte Anwältin Dr. Astrid Wagner, die für die neu aufgestellte „Liste GAZA – gegen den Völkermord“ kandidierte, und Mag. Martin Engelberg, aktuell Abgeordneter zum Nationalrat und ehemaliges Vorstandsmitglied der *Israelitischen Kultusgemeinde* (IKG), in einer Debatte vor laufender Kamera aufeinander.² Der Moderator, Karl Wendl, stellte Martin Engelberg als „Israel-Kenner“ vor, der „schon auch die Seite Israels“ vertrete. Die wesentlichen Aussagen werden als wörtliche Zitate kursiv und unter Anführungsstrichen gesetzt.

¹ „Apart“ engl. „getrennt“, „Apartheid“ engl. „Getrenntheit“. Der Staat Israel verfolgt eine andere Art von „Getrenntheits“-Politik in seinem Herrschaftsbereich als das „Apartheids“-Regime der damals regierenden weißen Südafrikaner von 1948-1994. Ein wesentlicher Unterschied besteht darin, dass diese die diskriminierte Bevölkerung nicht außer Landes deportierten, im Gegensatz zu den Zionisten in den Kriegen von 1948/1949 und 1967, die danach trachteten, einen größtmöglichen Teil der nichtjüdischen Bevölkerung außer Landes zu schaffen, um eine jüdische Mehrheit zu bilden.

² Video: „Karl Wendl: Astrid Wagner vs. Martin Engelberg“, oe24, Das Interview des Tages, 8. August 2024.
<https://www.youtube.com/watch?v=mOv4DN56TYw>.

Dies waren die debattierten Streitpunkte:

1. Die Protestbewegung gegen den Gaza-Krieg

Zuerst erklärte Astrid Wagner, wie es zu ihrer Kandidatur kam. Diese „Liste GAZA“ habe sich aus einer Protestbewegung, einer Straßenbewegung heraus entwickelt, es habe *„in erster Linie mit der österreichischen Innenpolitik zu tun, es hat mit der zunehmenden Besorgnis der Menschen zu tun, was unsere Neutralität betrifft“*. Sie verwies auch auf die großen Protestbewegungen weltweit – auch in Israel selbst, müsse man dazusagen, gebe es große Protestbewegungen gegen diesen [Gaza-] Krieg, der ihrer Meinung nach und führender Experten nach nicht zum Frieden oder zu einer Befriedung, sondern

möglicherweise zu einer Katastrophe führen werde; solche Stimmen gebe es auch in Österreich, sagte Wagner. Dabei betonte sie die historische Verantwortung auch und gerade Österreichs wie auch Deutschlands in mehrfacher Hinsicht, die auch geschichtlich sehr konnotiert sei, das habe *„mit der Entstehung Israels und den ganzen Problemen damit zu tun“*. Laut einem dem deutschen Außenminister Genscher zugeschriebenen Zitat *„haben wir eine Verantwortung gegenüber unseren Opfern – eben den jüdischen Menschen –, aber auch gegenüber den Opfern unserer Opfer“*.

2. Neutralitätspolitik als Friedenspolitik

Astrid Wagner berief sich auch auf...

„... sehr, sehr viele Menschen, die sehr stört, dass das, was Bruno Kreisky, dieser große Staatsmann, aufgebaut hat, durch die Regierungspolitik jetzt so vernichtet wird. Österreich hat sich im Neutralitätsgesetz zur Neutralität verpflichtet. Ich bin der Ansicht, dass Österreich eine aktive Friedenspolitik betreiben könnte“,

diese habe schon damals bei [Bundeskanzler Bruno] Kreisky eine große Rolle gespielt.

„Dass sich Österreich, trotz der Bilder, die wir kennen, einseitig auf die Seite eines Landes gestellt und sogar mehrfach einen [von der UN-Vollversammlung geforderten] Waffenstillstand abgelehnt hat, das stößt sehr vielen Menschen auf“, sagte sie zu dem Komplex Außenpolitik.

3. Gefährdung der Meinungsfreiheit

Aber warum sie als Anwältin selber für die „Liste GAZA“ kandidiere, erklärte sie mit der Beobachtung, dass *„junge Menschen auf die Straße gehen, nur weil sie für ein freies Land ohne Apartheid eintreten, und deshalb ein Strafverfahren bekommen, weil es eine Weisung des Justizministeriums gibt, dass ein 'Anfangsverdacht' besteht, wenn man irgendeinen Satz sagt“*; daher – ganz wichtig – sei die Meinungsfreiheit in

Österreich in Gefahr. Es gebe sehr viel auch rechtspolitisch, was man hier machen müsse – *„diese ganzen willkürlichen Demonstrationsverbote, die zwei Monate später gerichtlich wieder aufgehoben werden“*, wofür es aber dann zu spät sei, *„weil wir unsere Meinung nicht kundtun durften.“* Daher kandidiere sie für diese Liste, weil sie *„für Meinungsfreiheit, Mut, Neutralität und Menschlichkeit“* stehe.

4. „From the river to the sea...“ – ein „Aufruf zum Völkermord an Israel“?

Martin Engelberg nahm Bezug auf den Anfang der Demonstrationenbewegung, auf die sich Astrid Wagner berufen hatte, die sich seines Erachtens *„nicht von der Hamas distanziert“* habe, und meinte, dass diese Demonstration mit einem Aufruf begonnen habe, wo auf einem Plakat stand: 'From the river to the sea, Palestine will be free'. *„Das ist ein Aufruf zum Völkermord“*, sagte Engelberg – warum? Weil das hieße, dass dieses Land zwischen Jordanfluss und Mittelmeer...

„... von Israel befreit werden und ein palästinensischer, arabischer Staat dort entstehen soll. Das heißt: Völkermord an Israel“,

so schlussfolgerte Engelberg betont und behauptete weiter:

„Mit gutem Recht wurde das geprüft vom Innenministerium und vom Justizministerium, ist daher das Verbreiten dieser Parole in Österreich verboten worden, weil es ein Aufruf zum Völkermord

ist und daher unter den Paragraphen der Verhetzung fällt – das ist richtig so und gut so“.

„Die Frage, ob jetzt in Israel eine 'gewaltige' – oder was auch immer – 'Protestbewegung' ist?“, erklärte Engelberg so:

„Nein, es ist das beste Beispiel einer lebenden und lebendigen Demokratie. Natürlich gibt es in Israel Demonstrationen [...], nur man sollte hier nicht unterschätzen, worum es geht: Ich meine, am 7. Oktober ist das ärgste Massaker an Juden seit dem Holocaust passiert, das Land ist noch immer traumatisiert, und es geht hier letztlich auch um das Überleben des Staates gegenüber der Bedrohung aus dem Iran und deren Verbündeter [...]. Also: Das kann man so nicht hinnehmen.“

Er meinte wohl, es sei *„nicht hinzunehmen“*, dass Astrid Wagner die von ihr genannten Demonstrationen in Israel in den Kontext des Gaza-Kriegs gesetzt hatte.

Astrid Wagner dagegen widersprach Engelbergs Interpretation der „From the river...“-Parole: „So, und jetzt muss die Juristin einmal kurz raus“, und nahm auf Engelbergs „Israel-Völkermord“-Behauptung Bezug:

„Es ist absolut falsch – also scheinbar sind Sie kein Jurist –, dass der Satz: 'From the river to the sea, Palestine will be free', verboten wäre – er ist absolut erlaubt. Es hat erst vorgestern – der Kollege hat ein Urteil wieder erwirkt – es hat eine palästinensische Ärztin diesen Satz geäußert – natürlich so, wie er immer gemeint war und auch unter Bruno Kreisky gemeint war – da ist natürlich gemeint: ein Land, wo alle Menschen – wie es eigentlich gehören sollte, wie es bei uns ist, wie es in Paris ist, in New York, in Wien: Menschen, egal ob sie jüdisch sind, palästinensisch, muslim, Buddhismus, das ist vollkommen wurscht, ein Land ohne Apartheid. So ist dieser Satz gemeint. Wenn Sie jetzt sagen, dass dieser Satz: 'From the river to the sea...' möglicherweise – ich kenne ja diesen Erlass des Justizministeriums – von einer Terrororganisation auch verwendet wird, dann ist das ja, bitte sehr, kein Argument, dass er an

sich rechtswidrig wäre...“ Engelberg versucht abermals, Wagner zu unterbrechen (siehe Foto). „Nein, ich bin noch nicht fertig – wenn Sie mich nicht unterbrechen.“ Engelberg wendet – hilflos wirkend – ein: „Aber dann wird es ein Vortrag.“ Resolut setzt sie sich durch („Darf ich bitte fertigsprechen? So.“) und führt den angefangenen Satz zu Ende: „Also: Dieser Satz ist – ganz wichtig und kann man nicht oft genug sagen, damit die Leute nicht eingeschüchtert werden – dieser Satz ist absolut legal. Er ist [sie betont:] NUR DANN illegal, wenn man tatsächlich hier zur Vernichtung des jüdischen Volkes aufrufen würde. Dann wäre er tatsächlich rechtswidrig. Das sagt aber dieser Satz nicht. Deshalb wurden auch alle Verfahren eingestellt.“



5. Kreiskys Palästina-freundliche Politik

„Und jetzt komme ich zum Schluss zu Österreich und der Verherrlichung Kreiskys“ leitete Engelberg über. Er habe ja in seiner Studentenzzeit „das Privileg“ gehabt, „Kreisky persönlich kennenzulernen, auch persönlich Gespräche führen zu können“ – er sei als Student Korrespondent einer israelischen Zeitung gewesen und habe mit ihm viele Gespräche gehabt.

„Nein, das war überhaupt keine gut funktionierende Politik, die Kreisky, was die Palästinenser betrifft, geführt hat, im Gegenteil“, sagte Engelberg und zählte eine Reihe von Punkten auf (Betonungen hervorgehoben):

- „Er [Kreisky] war komplett einseitig,
- er hat Arafat noch als Terrorist ins Bundeskanzleramt eingeladen,
- er wurde sehr heftig kritisiert in Österreich, in der ganzen Welt,
- war überhaupt nie ein legitimer Verhandlungspartner,
- hat Österreich überhaupt nicht ins Spiel gebracht;
- nie hat Österreich da eine Rolle gespielt in den Nahost-Verhandlungen, im Gegenteil: Österreich und Kreisky waren verschrien als Araber-, Palästinenser-freundlich.
- Und eigentlich erst in den letzten Jahren ist es gelungen – und ich glaube, da kommt Sebastian Kurz ein großes Verdienst zu – Österreich überhaupt in die Position zu bringen – auch in Israel – anerkannt zu werden, als jemand, der Verständnis hat, versteht, was da im Nahen Osten abgeht“,

sagte Engelberg und ergänzte: „Das ist ja keine – wie man sagt – keine 'Kinderjause'“, da gehe es „um die

Existenz von Regimen, von Staaten, von vielen Menschen“.

Astrid Wagner konterte, dass Kreisky – wie jeder Visionär – selbstverständlich sehr umstritten gewesen sei, aber „er war nicht der Einzige, es gab auch Olof Palme“, erinnerte sie.

„Er war ein Visionär, und es ist damals auch eine Zeit der Aufbruchsstimmung entstanden – auch dank Bruno Kreiskys und ähnlicher Politiker. Natürlich hat er mit der damals als Terrororganisation eingestuften PLO oder Fatah gesprochen. Man dürfe aber auch nicht vergessen“,

erinnerte Wagner daran, dass...

„... auch Israel letztlich im Zuge von Terrorattentaten durch terroristische Gruppen entstanden ist wie Haganá und Irgun – King-David-Attentat, ein Hotel, in die Luft geflogen, 91 Tote. Also, das muss man schon ein bisschen relativieren – es war damals die PLO eine Terrororganisation, jetzt ist sie es nicht mehr. Ich glaube, dass er [Kreisky] ein großer Visionär war und dass er vollkommen Recht hatte, dass er mit dieser Terrororganisation, die damals eine war, gesprochen hatte, denn diese damalige Terrororganisation hat dann eben sehr wohl mit [dem israelischen Ministerpräsidenten] Jitzchak Rabin gesprochen – haben einen Friedensprozess eingeleitet und so weiter“,

hielt Wagner fest und ergänzte:

„Leider ist dieser israelische Landraub weitergegangen. Dann ist in dieser Brutstätte des Elends, verkürzt gesagt, zu Radikalisierungen gekommen – wie es halt

immer ist: Gewalt, Radikalisierung hat eine Ursache – und jetzt natürlich sind wir ganz woanders, jetzt

haben wir halt einen Flächenbrand sondergleichen, so. Jetzt ganz kurz...“

6. „Waren Sie schon mal in Israel?“

Engelberg unterbrach sie: „Waren Sie schon mal in Israel?“ Wagner empört: „Entschuldigen Sie, das ist genau die Frage, die mich sehr stört [...] – ich weiß sehr wohl, wovon ich spreche...“ Engelberg unterbrach nochmals und hakete mittels Suggestivfrage noch zweimal nach: „Aber Sie waren noch nie in Israel?“ Wagner hielt fest: „Das ist rechtlich und für meine Argumentation vollkommen irrelevant“, und berief sich in Bezug auf ihr Wissen über Israel auf „sehr gute

israelische Freunde“, speziell auf einen guten israelischen Freund, „der übrigens von Menschen seiner Gemeinde, also von der Israelischen Kultusgemeinde, gefragt wird: 'Wie kannst du mit der Wagner reden – die ist doch pro-Palästina', und“, so Wagner, „er sagt einfach darauf: 'Die Astrid ist pro-Mensch' – und das möchte ich auch für mich beanspruchen. Ich habe mir meinen moralischen Kompass behalten.“

7. „Antisraelische“ Demonstrationen?

„Das weitere, was vollkommen falsch ist...“
Wiederum versucht Engelberg zu unterbrechen: „So kommen wir nicht zu einer Diskussion...“ Wagner: „Ja, aber Sie haben so viel gesagt – ich muss ja antworten –: Sie haben zum Beispiel gesagt...“ Engelberg: „Sie haben aber vorher schon so viel gesagt.“ Wagner fährt unbeirrt fort: „Sie haben vorhin gesagt, dass das antisraelische Demonstrationen wären – falsch! Ganz viele jüdische Menschen – es gibt dort einen eigenen jüdischen Block...“ Engelberg versucht wieder, sie zu stoppen, worauf ein kurzer Wortwechsel entsteht, wer wie oft bei den Demonstrationen anwesend gewesen sei. Wagner fährt fort:

„Es gibt einen eigenen jüdischen Block: 'Not in Our Name – jüdische Menschen sprechen!'... Ehrlich

gesagt: Mich stört diese Verunglimpfung jüdischer Menschen...“

Engelberg hebt verständnislos die Hände:

„Verunglimpfung...?“

Wagner weiter:

„Es gibt ganz viele Menschen: 'Not in Our Name!', 'JudeobolschewienerInnen', 'Jüdische Stimme [für einen gerechten Frieden in Nahost]', die sich von dieser zionistischen und rechtsradikalen Politik...“

Engelberg gibt seiner sichtlichen Erregung Luft: „Sie müssen einen Punkt machen, sonst kommen wir nicht zu einer Diskussion...“ Wagner sprach den Satz zu Ende: „Es gibt sehr viele jüdische Menschen, die sich von dieser Politik distanzieren.“

8. Apartheid in Israel und den besetzten Gebieten – ja oder nein?

Der Moderator übergab nun das Wort an Martin Engelberg:

„Ich sage Ihnen dazu Folgendes, warum der erste Punkt so wichtig ist, dass Sie noch nie in Israel waren. Ich glaube, deswegen haben Sie keine Ahnung...“

Wagner protestierte und wandte sich an den Moderator: „Warum bin ich dann eingeladen worden...?“ Engelberg setzte fort, „...deswegen haben Sie ja keine Ahnung, was dieses Land ist. Wenn Sie...“ Wagner warf ein: „Ich habe mehr Ahnung...“ Engelberg: „Wenn Sie schon mehrmals... wenn Sie jetzt schon mehrmals...“ Wagner zum Moderator: „Was ist das für ein unsachliches Argument?“ Engelberg weiter:

„...Wenn Sie jetzt schon mehrmals vollkommen falsch behauptet haben, es gebe in Israel Apartheid, dann kann ich nur sagen, das ist deswegen, weil Sie auch noch nie in Israel waren. In Israel sind natürlich Menschen allen Glaubens vollkommen gleichberechtigt...“

Astrid Wagner warf ein: „Was ist in den besetzten Gebieten?“ Sie beharrte auf ihrer Kenntnis, dass in

den besetzten Gebieten Apartheid herrsche. Engelberg ging darauf nicht ein, sondern setzte fort:

„Sie haben mehrmals falsch..., Sie haben mehrmals jetzt die Lüge hier verbreitet, in Israel gebe es Apartheid. Nein, wahr ist vielmehr: In Israel sind Menschen jeden Glaubens vollkommen gleichberechtigt. [...]“

Sie warf ein: „Allein die Flagge ist jüdisch.“ Engelberg fuhr fort:

„Alle Straßentafeln sind in Hebräisch, Englisch und Arabisch. Arabisch ist eine offizielle Sprache. Es sitzen arabische Abgeordnete im israelischen Parlament. Oberste Richter – ich war selber bei einer Verhandlung jetzt vor zwei Wochen am Obersten Gerichtshof – einer der drei Richter war ein Moslem. Das heißt: Araber sind in Israel vollkommen gleichberechtigt, dienen auch in der Armee sogar. Also das heißt: Sie können... [Engelberg unterbricht sich aus Empörung selber] – also das ist einfach unerhört, dass Sie hier wiederholt von Apartheid sprechen, weil es [betont:] eine LÜGE ist. Und wenn Sie in mindestens [noch einmal betont:] EINMAL in Israel gewesen wären...“

Auf Wagners Zwischenfrage, ob er das Rechtsgutachten des *Internationalen Gerichtshofs* kennt, ging er nicht ein, sondern fuhr fort:

„...dann hätten Sie erkannt, dass das komplett anders ist, die Situation. Das heißt, das Problem ist...“

Astrid Wagner: „Waren Sie in den besetzten Gebieten?“

Martin Engelberg:

„Ja, ich war in den besetzten Gebieten... – ich habe dort alles kennengelernt...“

Astrid Wagner warf ein: „Und da gibt's keine Apartheid, keine Trennmauern, da gibt's keinen Stacheldraht...?“ Darauf ging Engelberg wieder nicht ein, sondern blieb bei seinem Statement:

„Ich kann Ihnen dazu nur eines sagen: Israel ist eine lebendige, lebende Demokratie und Rechtsstaat...“

Wagner: „Auch in den besetzten Gebieten? Dort, wo das Militär ist?“

Engelberg [nickt heftig]: „Ja, genauso, ja, auch in den besetzten Gebieten...“

Wagner empört: „Also das ist ja... dann brauchen wir nicht mehr...“

„... und das heißt [– weil Astrid Wagner noch nie in Israel war]: Sie haben wirklich keine Ahnung, Sie haben tatsächlich keine Ahnung“,

warf Engelberg seiner Kontrahentin immer wieder vor und behauptete standhaft, dass...

„...die [gerichtliche] Verurteilung der Parole 'From the river to the sea...' erst gestern oder vorgestern wieder

erfolgt ist“.

Wagner widersprach und wollte erklären, es gebe auch ein deutsches Urteil... , doch Engelberg behauptete: „Nein, auch in Salzburg wurde jemand verurteilt“, was die Anwältin Astrid Wagner nochmals kategorisch verneinte und meinte, er habe das mit einem alten Artikel vom November verwechselt: „Nein, Sie kennen sich nicht aus. Sind wir uns einig, dass Sie sich juristisch nicht auskennen?“

Doch, um sein Hauptargument zu bekräftigen, dass sie „keine Ahnung“ habe (er aber schon!), fuhr Engelberg unbeirrt fort:

„Nein, um es kurz zu machen: Was ich jetzt feststelle – und wir treffen uns ja heute zum ersten Mal: Sie haben wirklich keine Ahnung, und Sie beteiligen sich an einer Liste in einer österreichischen Wahl, wo man sich fragt: Was hat das mit Österreich zu tun? Haben Sie wirklich keine anderen Sorgen? ...“

Einwurf Wagner: „Habe ich ja gerade erklärt!“

„...aber ich kann Ihnen sagen, Sie beweisen hier: keine Ahnung von Israel, Sie haben keine Ahnung über den Konflikt und sind komplett indoktriniert von irgendeiner Propaganda, von irgendwelchen Propaganda-Argumenten...“

Wagner mit verneinender Kopfbewegung: „Habe ich nicht notwendig...“ Dazu pflichtete Engelberg ihr ironisch grinsend bei: „Hätten Sie eigentlich nicht notwendig – hätten Sie echt nicht notwendig!“

„Ja. Ich habe mich sehr lange damit beschäftigt...“, bekräftigte sie.

9. Österreich „an der Seite Israels“?

Engelberg erwähnte noch, dass er sehr stolz sei, dass im Nationalrat zweimal eine Resolution mit den Stimmen aller Parteien die Unterstützung Israels

beschossen worden sei. „Und so stehen wir alle auf der Seite Israels und seinem Recht auf Selbstverteidigung und dem Existenzrecht“, sagte er.

10. Ist die Rechtsanwältin Astrid Wagner „ahnungslos“?

Wagner hielt fest, dass es in den besetzten Gebieten Apartheid gibt, „da gibt es auch ein Rechtsgutachten mittlerweile – dem kann ich mich nur anschließen – des Internationalen Gerichtshofs, der sehr wohl...“ Engelberg schüttelte ständig den Kopf: „Nein“, sagte er.

Wagner: „Na, das gibt's leider sehr wohl – bitte lassn'S mich jetzt ausreden –, der hat das so festgehalten...“

Engelberg schüttelte wieder den Kopf: „Nein“.

Wagner weiter: „...Es gibt eine illegale Landnahme, es gibt, wie gesagt, die Mauern, Hebron – das ist eine Stadt, das kann man sich nicht vorstellen...“ Engelberg redete ihr drein: „Waren Sie dort?“ Wagner: „...man kann das ja mal googeln...“ Engelberg noch einmal: „Waren Sie dort?“ Wagner: „Jetzt gebn'S einmal eine Ruh mit dem: 'Warn'S schon mal dort'..., schau'n'S einmal bei YouTube nach...“ Engelberg: „Ich war ja dort!“

Wagner: „Ja, ich kenne... aber ich habe eine sehr gute Freundin...“ Engelberg lacht nur, redet ihr wieder drein und äfft sie – ironisch kopfnickend – nach (als

hätte sie gesagt): „'Eine Freundin meiner Freundin hat mir gesagt, dass ihre Freundin gesagt hat'...“ und setzte fort: „Das ist geradezu... [kopfschüttelnd] – das ist unseriös, was Sie tun...“ und grinste hämisch. Astrid Wagner reflektierte darauf:

„Tun Sie mich nicht immer persönlich attackieren, ich werde ja auch nicht unsachlich! Ich habe nur gesagt, dass Sie sich juristisch nicht auskennen, und das stimmt. Aber sonst tue ich Sie nie als 'unseriös' oder 'ahnungslos' hinstellen. Das machen Sie aber mit mir, und das finde ich nicht in Ordnung. Ich glaube, dass ich mir einen guten...“



Engelberg warf ein: „Das ist eine Tatsachenbehauptung“ – er meinte, dass sie unseriös und ahnungslos sei. „Das ist keine Tatsachenbehauptung, das ist eine Unterstellung“, widersprach Wagner und erklärte die Situation in Hebron mit Mauern wie im ganzen Westjordanland, dass es Straßen gibt, die von Palästinensern nicht befahren werden dürfen und so weiter.

„Es gibt, und dazu stehe ich, im Sinne des Rechtsgutachtens im Westjordanland natürlich eine strikte Apartheid. Das wird natürlich mit 'Sicherheitsargumenten' usw. gerechtfertigt.“

Weiters nennt sie die soziale Ungleichheit und erwähnt, dass es diese sogar innerhalb der jüdischen Bevölkerung gibt.

„Wieso bringen Sie alles durcheinander“, versuchte Engelberg wieder, sie zu unterbrechen. Aber sie ließ sich nicht beirren, sondern verwies nochmals auf das Rechtsgutachten und darauf, dass Israel immer wieder, so auch von *Amnesty International*, wegen Apartheid kritisiert werde, und folgerte: „Es ist so, das müssen Sie zur Kenntnis nehmen.“ Engelberg wusste offenbar nichts anderes zu sagen, als – faktenbefreit – zu dementieren: „Nein, das ist falsch.“ Wagner: „Ja, wurscht, Sie sind so oberge'scheit.“

Schließlich kommt sie zum Punkt, dass der Name der Liste, „GAZA“, ein Symbol sei: „Gaza ist eine weltweite Bewegung geworden – Gaza ist ja ein Symbol geworden dafür, dass [...] die Menschen Freiheit wollen, Gleichberechtigung, Demokratie.“ Diese Liste beschränke sich aber nicht auf den Nahost-Konflikt, ganz im Gegenteil, „es ist eine urösterreichische Liste, deswegen stehe ja ich da, die Dr. Astrid Wagner, die bekannt ist, dass sie schon immer den Mund aufmacht für Meinungsfreiheit, auch für soziale Gerechtigkeit und Demokratie.“

Engelberg, der keine einzige ihrer angeblich getätigten „Falschaussagen“ konkretisierte oder nachprüfbar widerlegte, antwortete auf die Frage des Moderators schlicht, dass er von der Liste GAZA „gar nichts“ halte,

„weil hier die Protagonistin einfach mit Begriffen herumwirft, die alle nicht stimmen, es ist alles sozusagen ein Durcheinander, Sie reden von [...?...] und Mizrachim...“

Wagner warf ein:

„Was ist da ein 'Durcheinander'?? Präzise!!“

Engelberg: „... und von Apartheid und Hebron und Dschenin – Sie kämpf... Sie werfen mit Begriffen, wo Sie keine Ahnung haben, Sie waren noch nie dort, haben keine Ahnung und haben daher...“

Wagner versuchte zu klären: „Aber das ist doch kein 'Begriff', das ist eine geographische...“ und zum Moderator gewendet: „Warum wurde ich hier eingeladen, frage ich mich nur? Das heißt... Aha, das heißt: ich habe hier nichts zu melden; hier darf nur einer reden, der einmal in Israel auf Urlaub war.“

Engelberg, der weitergeredet hatte, mahnte: „Sie müssen schon auch lernen zuzuhören...“

Wagner – mit abweisender Handbewegung – kontert: „Nein..., Sie haben mir auch nicht zugehört – Sie haben mich persönlich beleidigt...“

Engelberg: „... ich weiß nicht, ob das möglich ist, aber normalerweise, im Gerichtssaal, werden Sie auch irgendwann mal zur Ordnung gerufen, weil Sie ununterbrochen dazwischen...“

Wagner: „Da setze ich mich schon durch, keine Angst...“ Engelberg: „Na, das ist das Problem...“

Engelberg noch einmal (und unterbricht sich mehrmals selber): „Na, Sie sollten einmal zuhören. Ich glaube, das Entscheidende ist ... höchst merkwürdig ist ... die Protagonistin, die Liste... – was ist der Hintergrund...?“ Wagner wirft ein: „Hätten'S zug'hört!“ Engelberg: „...ist alles sehr, sehr fragwürdig...“ Wagner gedehnt: „Zuhören!!“

Soviel das Wesentliche dieser lebhaften, vielsagenden und, gegen Ende, wohl auch – für das Publikum – amüsanten Auseinandersetzung.



Israels Vorgehen im besetzen Westjordanland

Faktencheck: [Israels Vorgehen in Hebron](#)

„Im Westjordanland gibt es schon länger Spannungen und Gewalt. Palästinensische Bewohner:innen fühlen sich zunehmend schikaniert und bedroht. Oft durch Siedler:innen, die nach dem Massaker der Hamas am 7. Oktober als Reservisten in die Armee eingezogen wurden. Besonders sichtbar ist dies in Hebron. Die Stadt ist geteilt: In einen rein palästinensischen und einen anderen Teil, in dem Palästinenser:innen neben jüdischen Siedler:innen leben, überwacht von der Armee.“ (tagesschau ARD-Mediathek, 9:25 Min., 19.02.2024)

Literatur von Astrid Wagner: „[Es begann lange vor Oktober](#). Gespräche mit Menschen aus Palästina, Israel und Österreich“ ISBN 978-3-7597-9394-2, Oktober 2024, Verlag Books on Demand (BoD), 331 S.



Anhand der Lebenswege von Menschen aus dem Nahen Osten und Österreich zeigt die bekannte Strafverteidigerin Dr. Astrid Wagner auf, wie ein jahrzehntelang schwelender, immer wieder blutig ausbrechender Konflikt die Schicksale einzelner beeinflusst. Wir erfahren interessante, tragische und manchmal unfassbare Details, über die man in den etablierten Medien nichts lesen kann. Die zahlreichen Interviews mit ganz unterschiedlichen Menschen fördern neue Sichtweisen zutage, die zum Nachdenken anregen.

TEIL II: Die Debatte im Faktencheck

„Jede Lüge muss mit der Wahrheit beantwortet werden.“

Irene Harand (1900-1975), christliche Vorkämpferin
gegen Nationalsozialismus und Antisemitismus

„Auf zwei oder drei Zeugenaussagen werde jede Aussage festgestellt.“

Diese mehrmals in der Bibel – sowohl im Alten als auch im Neuen Testament – betonte Anforderung bei Anschuldigungen und Klagen vor Gericht bedeutet im biblischen Sprachgebrauch eine absolute Mindestvoraussetzung: Keinesfalls durfte aufgrund einer Anklage von nur einer einzigen Person eine Verurteilung ausgesprochen werden; vielmehr musste die Klage zurückgewiesen werden, wenn keine weiteren glaubwürdigen Zeugen für die behauptete Straftat ausfindig gemacht werden konnten.³

Die gegenständliche Debatte fordert zu einem **Faktencheck** heraus. Immerhin hat Martin Engel-

berg seiner Kontrahentin wiederholt unterstellt, „eine Lüge zu verbreiten“, und beide haben einander Falschaussagen nachgesagt. Diese schwerwiegenden Vorwürfe machen es notwendig, den Wahrheitsgehalt der jeweiligen Aussagen zu prüfen, zumal der Nationalabgeordnete Engelberg vom Moderator als „Israel-Kenner“ vorgestellt worden ist und Astrid Wagner als renommierte Strafrechtsanwältin gilt.

Nachfolgend werden die Aussagen einzeln vorgenommen und in Form von Frage & Antwort analysiert.

I. Muss man Israel und die besetzten Gebiete persönlich bereist haben, um sich ein Urteil bilden zu können?

Natürlich nicht. Womöglich kann dies sogar kontraproduktiv sein, wenn man als Gruppe von einem Reiseleiter geführt wird, dessen vitales Interesse es ist, Israels dunkle Seiten auszublenden und es stattdessen von seiner besten Seite zu zeigen, als einen Staat, der wie der verbreitete zionistische Propaganda-Mythos lautet – „die Wüste zum Blühen gebracht“ habe. Bei zionistisch organisierten Israel-Reisen handelt es sich um „eingebettete“ (*embedded*) Gruppenreisen, bei der ein unrealistischer, geschönter Eindruck vermittelt wird, wie sie der als „Israel-Kenner“ titulierte Martin Engelberg wohl selber mit einflussreichen Persönlichkeiten inszeniert.

Wir leben jedoch im Zeitalter des Internets, durch das man heutzutage in der Lage ist, mit wenigen Computermaus-Klicken zu allen nur erdenklichen Informationen zu gelangen. Sowohl im Staat Israel als auch im Westjordanland (*State of Palestine*) sind zahlreiche Menschenrechtsorganisationen tätig (wahrscheinlich – aus gutem Grund – mehr als in irgendeinem anderen Land der Welt), die alle möglichen gesellschaftlichen Bereiche kritisch und unabhängig überprüfen wie: allgemeine Menschenrechte, Frauenrechte, Kinderrechte oder Gefangenrechte, und Monitorings betreiben, Berichte verfassen und Studien veröffentlichen sowie öffentliche Newsletter anbieten. Unzählige Fotos und authentische Videos sind im Netz verfügbar, und es gibt – immer noch... – einige wenige seriöse liberale und unabhängige Tageszeitungen und Magazine, die online gelesen werden können (auch in englischer Sprache), und durch die ein realistischer Einblick in

alle Bereiche der israelischen und palästinensischen Gesellschaft und Politik möglich ist – für den, der sich auf Basis „mehrerer Zeugen“ ein ausgewogenes Urteil bilden möchte.

Wenn schon ein persönlicher Besuch, um Israel und die besetzten Gebiete kennenzulernen, dann ist eine spezielle Bildungsreise zu empfehlen, die von Veranstaltern und Reiseleitern geführt wird, die sich zur Objektivität und Sorgfalt verpflichtet haben entsprechend den Kriterien, denen der Qualitätsjournalismus unterliegt.

Ungeachtet der mehrfachen Beteuerung seiner Kontrahentin, Astrid Wagner, sie habe sich sehr wohl ausführlich mit dem Nahost-Konflikt beschäftigt, sowie ungeachtet ihrer Berufung auf mehrere Zeugen (persönliche Bekannte), was ihre Kenntnisse über das Land betrifft, blieb Martin Engelberg standhaft und in bemerkenswerter Stereotypie bei seinem Vorwurf, Astrid Wagner habe „überhaupt keine Ahnung“ über die Situation in Israel (insgesamt neun Mal während der Debatte). Der „Beleg“ für seine Einschätzung beruhte allein aufgrund dessen, dass sie noch nicht persönlich in Israel und den besetzten Gebieten war. Demgegenüber hat Astrid Wagner jedoch bei ihren Ausführungen eine Fülle von Daten und Fakten genannt, die allesamt überprüfbar sind bzw. widerlegt werden könnten, falls sie falsch wären. Das allein beweist, dass sie nicht „ahnungslos“ sein kann, wie ihr Gegenüber behauptete. Doch ist Engelberg nicht ein einziges Mal darauf konkret eingegangen.

³ Todesurteile, wie sie oft in den USA aufgrund nur eines einzigen Zeugen – womöglich unter fragwürdigen Umständen – gefällt wurden, widersprechen grundlegend der Rechtsprechung im antiken Israel aufgrund der Torah;

dafür gibt es etliche beispielhafte Berichte in der biblischen Geschichte.

2. Sind „Araber in Israel und den besetzten Gebieten vollkommen gleichberechtigt“?

Diese These hat Martin Engelberg aufgestellt, jedoch kein einziges konkretes Argument dafür vorgebracht, obwohl der gegenteilige Sachverhalt seit Jahrzehnten zum allgemeinen Basiswissen auch von Menschen gehört, die nie in Israel waren.

Engelbergs These von der „vollkommenen Gleichberechtigung“ ist aufgrund offizieller Gegebenheiten besonders leicht zu widerlegen. Obwohl es in der Tat viele israelische Gesetze gibt, in denen jüdische und palästinensische Staatsbürger *de jure* gleichgestellt sind, sind alle Nichtjuden als Kollektiv gegenüber dem jüdischen Kollektiv diskriminiert und damit *de jure* als Menschen zweiter Klasse herabgestuft: Durch ihren nicht-jüdischen, arabischen Status definiert das israelische Recht Palästinenser als unterlegene Gruppe. Das war von den zionistischen Landesherren *de facto* immer schon – seit der Staatsgründung – so gehandhabt worden, wurde jedoch im Jahr 2018 mittels [Nationalstaatsgesetzes](#) auch *de jure* verankert. Dieses Grundgesetz erklärte Israel zum „Nationalstaat des jüdischen Volkes“ und wies „das Recht auf Selbstbestimmung im israelischen Staat exklusiv dem jüdischen Volk“ zu.⁴ Es anerkennt keine andere nationale Identität, obwohl Palästinenser ein Viertel der Bevölkerung in Israel ausmachen. Das israelische Gesetz schafft damit einen überlegenen Status „jüdischer Nationalität“, der sich von der Staatsangehörigkeit unterscheidet.

Wie also kann Engelberg von „vollkommener Gleichberechtigung“ sprechen?

Besonders krass ist dies in den besetzten Gebieten, für die Engelberg seine These gleichermaßen (!) reklamiert. Richtig hingegen ist, dass nach der israelischen Eroberung des Westjordanlandes im Jahr 1967 unverzüglich eine Militärregierung der israelischen Streitkräfte (IDF) eingerichtet wurde, der die palästinensische, staatenlose Bevölkerung diktatorisch unterworfen ist. Sie wird von einem Militärgouverneur regiert, dessen Herrschaft auf willkürlichen Militärbefehlen (*military orders*) beruht. Dazu hat der Besatzerstaat im Westjordanland zwei unterschiedliche Rechtssysteme etabliert: Hunderttausende jüdisch-israelische Staatsbürger, die – völkerrechtswidrig – in abgeschlossenen, exklusiv-jüdischen Wohngebieten leben (die durch ein eigenes „jüdisches“ Straßensystem⁵ untereinander und mit dem israelischen Staatsgebiet verbunden sind, dessen Benützung für nichtisraelischen Verkehr streng verboten ist) leben unter israelischem Gesetz mit allen damit verbundenen Privilegien und Vorrechten, während die Palästinenser nebenan zu „ständigen Fremdbewohnern“ in ihrem eigenen Land degradiert wurden. Dies bedeutet, dass Israel – gemessen an internationalen Rechtsstandards – im Westjordanland ein apartheidähnliches System fest etabliert hat.

3. Ist Arabisch in Israel eine „offizielle Sprache“?

Mit seiner Aussage vermittelt Martin Engelberg den Eindruck, dass Arabisch und Hebräisch gleichberechtigte Sprachen seien. Wahr ist das Gegenteil. In dem eben zitierten Grundgesetz von 2018 über den „Nationalstaat des jüdischen Volkes“ ist Hebräisch als einzige offizielle Staatssprache (*state's language*) definiert, die arabische Sprache ist jedoch davon explizit unterschieden – dieser nur ein „besonderer Status“ (*special status*) zugewiesen.⁶

Bei dieser Gelegenheit sei daran erinnert, dass unter der britischen Mandats Herrschaft (bis 14. Mai 1948) die arabische und die hebräische Sprache vollkommen gleichberechtigte Amtssprachen waren. Demgegenüber ist nun im zionistischen Staat das Arabische gegenüber dem Hebräischen herabgestuft.

4. Sind „in Israel Menschen jeden Glaubens vollkommen gleichberechtigt“?

Leider nicht. Israel wurde als „jüdischer“ Staat gegründet, in dem „das Jüdische“ in jeder Hinsicht Vorrang hat. Es gibt keine klare Trennung zwischen Religion und Staat, so wie es in säkular verfassten demokratischen Staaten der Fall ist, und schon gar nicht in laizistischen Staaten wie in Frankreich.

Diesbezüglich warf der Politikwissenschaftler Dr. John Bunzl (*Österreichisches Institut für Internationale Politik*) die Frage auf: „Da wir es mit einer Gegend zu tun haben, in der Islam und Judentum zu 'Staatsreligionen' geworden sind – was bedeutet dieser Umstand für die Rechte der Menschen in diesen Ländern?“⁷

⁴ Absatz C. der ersten (von elf) Klausel (*Basic Principles*) lautet: "The right to exercise national self-determination in the State of Israel is unique to the Jewish people."

⁵ Aktuelle Filmdokumentation: „Israel: Neue Straßen fürs Westjordanland“, ARTE Reportage, <https://www.youtube.com/watch?v=p6KFOF8WC6M>.

⁶ Die beiden Absätze A. und B. der vierten Klausel im "Basic Law: Israel as the Nation-State of the Jewish People"

lauten: "A. The state's language is Hebrew. B. The Arabic language has a special status in the state; Regulating the use of Arabic in state institutions or by them will be set in law."

⁷ Persönliches Schreiben von Dr. John Bunzl an den Verfasser dieser Untersuchung im Zusammenhang mit einer Stellungnahme zu dem Buchmanuskript von Natalie J. Halla op. cit. 2002.

Nichtsdestotrotz versucht die amtliche israelische Erklärung laut *Israelischem Informationszentrum*, keinen Zweifel daran aufkommen zu lassen, dass „Religionsfreiheit“ in Israel in vollem Umfang gewährleistet sei. Die Frage ist allerdings, ob allen Einwohnern Israels und der besetzten Gebiete ohne Rücksicht darauf, ob sie der jüdischen, moslemischen, christlichen, drusischen oder einer anderen religiösen Gemeinde angehören, tatsächlich volle „Religionsfreiheit“ gewährt wird.⁸

Ein zentraler Aspekt der „Religionsfreiheit“ bedeutet unter anderem, dass niemand wegen seines Glaubens oder seiner besonderen Art der Religionsausübung diskriminiert werden soll. Die Grundrechte müssen ohne Rücksicht auf jemandes Religionszugehörigkeit geachtet werden. Somit schließt die Durchsetzung der „Religionsfreiheit“ die Zusage aller Grundrechte ein, und zwar jedem Einzelnen ohne Rücksicht auf Rasse, Sprache, Religion oder politische Gesinnung. Verschiedene Menschenrechtsdokumente enthalten derartige Vorschriften. So erklärt das *Internationale Abkommen über Bürgerliche und Politische Rechte*:

Art 2 (1): „Jeder dem gegenwärtigen Abkommen

beitretende Staat übernimmt die Aufgabe, die in diesem Abkommen anerkannten Rechte ohne jeglichen Unterschied wie z.B. Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politische oder andere Gesinnung, nationale oder gesellschaftliche Herkunft, Vermögen oder Geburt allen Einzelpersonen innerhalb seines Territoriums, die seiner Gerichtsbarkeit unterworfen sind, zu achten.“

Weit von diesem Ideal entfernt präsentiert sich die real existierende Situation im zionistischen Staat Israel.

- a) Zwar sichert die „Unabhängigkeitserklärung“ (1948) allen Einwohnern Israels „Religionsfreiheit“ zu, doch ist diese aus formal juristischer Sicht nur insoweit gewährleistet, als die Gesetze der Knesset dieses Grundrecht nicht eingengen.⁹
- b) „Religionsfreiheit“ in Israel ist verfassungsrechtlich nicht geschützt, da es weder eine geschriebene Verfassung noch einen Grundrechtekatalog gibt. Nichtsdestoweniger wird sie allen Einwohnern Israels durch internationales Recht, besonders die Ratifizierung des *Internationalen Vertrages über Bürger- und politische Rechte* zugesichert.¹⁰

Exkurs:

Wie kommt es, dass Israel keine geschriebene Verfassung hat wie andere Staaten?

Nach der „Unabhängigkeitserklärung“ vom 14. Mai 1948 war die Aufmerksamkeit der vorläufigen Regierung und der vorläufigen *Beratenden Versammlung* beinahe ausschließlich auf die Verteidigung des Staates gegen die Invasion der Armeen des Libanon, Syriens, des Iraks, Jordaniens und Ägyptens gerichtet. Deshalb setzten sie die Arbeiten am Entwurf einer geschriebenen Verfassung nicht fort. Nach Ende des Krieges (1949) machte sich eine wachsende Abneigung gegen eine geschriebene Verfassung bemerkbar.

Die Befürworter bestanden darauf, dass die Resolution 181 (II) der *Vereinten Nationen* vom 29. November 1947 („UN-Teilungsplan“) beide Staaten, die auf dem Territorium Palästinas geschaffen werden sollten, verpflichtet hatte, eine Verfassung zu erlassen, die unter anderem Sicherheiten für Religionsfreiheit und die Rechte von Minderheiten vorsieht. Außerdem wurde festgehalten, dass eine

geschriebene Verfassung einen deutlichen Bildungswert für die Erziehung guter Staatsbürger habe. Zwar könnte England mit seiner langen demokratischen Tradition ohne Verfassung auskommen; ein neuer Staat hingegen, von dem erwartet wurde, dass er Einwanderer aus Ländern ohne demokratische Tradition aufnehmen, könnte es sich nicht leisten, auf sie zu verzichten.

Die führenden Gegner einer geschriebenen Verfassung jedoch waren die orthodox-religiösen Juden, die darauf bestanden, eine geschriebene Verfassung sei überflüssig, weil es die ewig gültige „Torah“ gebe (im rabbinischen Verständnis nicht nur der Pentateuch der Bibel, die fünf Mosebücher, sondern das ganze orthodox-rabbinische Gesetz der nachbiblischen Zeit, dessen Basis die *Halachá* bildet), die niemals geändert werden kann.¹¹

⁸ Natalie J. Halla op. cit. schrieb – aus gutem Grund – den Begriff „Religionsfreiheit“ im Zusammenhang mit dem Staat Israel stets unter Anführungsstrichen. Dies wurde auch in diesem Abschnitt beibehalten.

⁹ Zvi Berinson: „Religions- und Gewissensfreiheit im Staate Israel“, in: Yoram Dinstein: „Israel-Jahrbuch der Menschenrechte“, Bd. 3 (1973), S. 223-41.

¹⁰ Im Jahr 1991 ratifizierte Israel verschiedene internationale Menschenrechtsabkommen, darunter das „Übereinkommen über die Rechtsstellung staatenloser Personen und

Flüchtlinge“, das „Übereinkommen über die Ausmerzungen aller Formen von Rassendiskriminierung“, das „Übereinkommen gegen Folter“, und die beiden Universalen Menschenrechtsdokumente.

¹¹ In der Debatte am 13. Juni 1950 wurde in der Knesset eine Verfassung grundsätzlich gebilligt; ihr Erlass wurde jedoch auf absehbare Zeit verschoben: Es wurde entschieden, dass die Verfassung abschnittsweise so aufgebaut werde, dass jeder Abschnitt in sich ein Grundgesetz formte, was in der Gesamtheit die „Verfassung“ des Staates Israel bilden

Abgesehen davon: Wie kann ein Staat als solcher „anerkannt“ werden, der seine Grenzen nicht festgelegt bzw. definiert hat? Wäre das nicht eine Art „Blankoscheck“ für den Fall zukünftiger militärischer Erweiterungen? Müsste nicht überlegt werden, die seinerzeitige Anerkennung Israels als „Staat“ durch die internationale Gemeinschaft zurückzunehmen,¹² nachdem es mittlerweile Territorien annektiert hat (Ostjerusalem, Golanhöhen und neuerdings die widerrechtlich einverleibten palästinensischen Gebiete westlich der seit 2002 gebauten Trennmauern), die vor 1967 kein Teil des „anerkannten“ Staates

waren, auf dessen Basis Israel den *Vereinten Nationen* (1949) beigetreten war? Fakt ist, dass in einer Staatsverfassung das Staatsgebiet definiert werden müsste – dies macht plausibel, warum das herrschende religiös-nationalistische Regime in Jerusalem kein Interesse an der Erstellung einer Staatsverfassung hat – obwohl die vorstaatlichen Zionisten (David Ben-Gurion) den UN-Teilungsplan von 1947 akzeptiert hatten, in dem genau dies vorgeschrieben war.

Exkurs Ende.

Weitere Belege dafür, dass es in Israel keine Religionsfreiheit wie in liberal-demokratischen Staaten gibt:

- c) Der Staat Israel bezieht sich in seinen nationalen Symbolen explizit auf die jüdische Religion. Astrid Wagner hatte daher in der Debatte mit Martin Engelberg zutreffend auf die Staatsflagge verwiesen, der alle – somit auch nichtjüdische – Landesbewohner, unterworfen sind. Die Flagge erinnert an den [Tallit](#) und das [Staatswappen](#) an die *Menorá*, einen Kultgegenstand des im Jahr 70 CE von römischen Soldaten zerstörten Jerusalemer Tempels.
- d) Das „Rückkehrgesetz“ von 1950, unter dem Eindruck des Holocaust formuliert, definierte „Judesein“ im Sinne der NS-Rassengesetzgebung: „*Wer auch immer von den Nationalsozialisten Jude genannt und in die Todeslager geschickt wurde, sollte im neu gegründeten Staat Israel Zuflucht finden.*“ Das Recht, nach Israel einzuwandern, wird heutzutage jedem gewährt, der zumindest einen jüdischen Großelternanteil hat, und dem Ehepartner eines auf diese Weise Einwanderungsberechtigten. Das bedeutet, dass sogar Menschen, auch wenn sie persönlich keinen Bezug zum Judentum haben, dieses „Rückkehrrecht“ wahrnehmen können, während geflohenen oder vertriebenen Palästinensern, die völkerrechtlich tatsächlich ein Rückkehrrecht hätten, dies verwehrt wird, wogegen jüdische Menschen, die in der „Diaspora“ geboren sind, im wörtlichen Sinne des Begriffs nach Israel/Palästina gar nicht „zurückkehren“ können, weil sie von dort nie ausgewandert sind.
- e) Beide jüdisch-religiösen Bewegungen jenseits der Orthodoxie, die *Reformbewegung* und die *Konservative Bewegung*, sind in Israel bisher nicht offiziell anerkannt, weder seitens der israelischen Regierung noch von „Orthodoxen Rabbinischen Ge-
- f) richtern“, die das rabbinische Monopol in Israel behaupten.
- f) Israelischen Rechts zufolge erfreuen sich religiöse und ethnische Minderheiten der annähernd gleichen Rechte wie die jüdische Bevölkerungsmehrheit, *de facto* sind Minderheiten jedoch einer gewissen Diskriminierung ausgesetzt: Berichten von Menschenrechtsorganisationen zufolge haben Palästinenser (Muslime und Christen), die in den besetzten Gebieten leben, unter schweren Menschenrechtsverletzungen, einschließlich der Verletzung ihrer „Religionsfreiheit“, zu leiden. Verschiedene Berichte von Menschenrechtsorganisationen wie *B'Tselem* und *Al-Haq* sowie Resolutionen des Sicherheitsrates der *Vereinten Nationen* beschuldigen Israel der Missachtung der Menschenrechte der in den besetzten Gebieten lebenden Palästinenser.¹³
- g) Die so genannte Klagemauer (*Kotel*), d. i. ein Teil der westlichen, noch aus der Herodianischen Zeit erhaltenen Umfassungsmauer des Tempelberges, wird seit dem Mittelalter im Judentum für heilig gehalten. Während es im späten 19. Jahrhundert an der Klagemauer keine formelle Trennung von Männern und Frauen gab, kam es nach dem Sechstagekrieg im Juli 1968 zu einem Konflikt, als Mitgliedern der reformorientierten *World Union for Progressive Judaism* das Recht verweigert wurde, an diesem Ort einen Gottesdienst für beide Geschlechter abzuhalten, nachdem das Ministerium für religiöse Angelegenheiten darauf bestand, die an orthodoxen Kultstätten übliche Geschlechtertrennung beizubehalten. Die Progressiven reagierten mit der Behauptung, dass „die

sollte. (*Harari-Resolution* 5. D. K. (1950) 1743). Seit dieser Debatte von 1950 sind in der Knesset keine weiteren Versuche zur Gestaltung einer vollständigen geschriebenen Verfassung unternommen worden. (Natalie J. Halla: „Religionsfreiheit in Israel? Die Krise des Menschenrechtsschutzes in einer pluralistischen Gesellschaft“, Diplomarbeit, Wien, 2002. Engl. Originaltitel: „Implementation of Human Rights on the Example 'Freedom of Religion in Israel'“, 1999.

¹² Vgl. Fritz Edlinger: „Israels UN-Mitgliedschaft ist längst hinfällig“, in: „Der Tiefpunkt in der UN-Geschichte ist ein anderer“ (Gastbeitrag), *Die Presse*, 09.10.2024.

¹³ Natalie J. Halla op. cit. 2002 zitiert (übersetzt) B'Tselem: „Eine Politik der Diskriminierung“ (Jerusalem, 1997), „Unmögliches Zusammenleben“ (Jerusalem, 1995), „Israelische Siedlungen in den Besetzten Gebieten als Menschenrechtsverletzung“ (Jerusalem, 1997) und von Al-Haq: „Plünderung, Zerstörung und Raub“ (Ramallah, 1997).

Klagemauer ein Heiligtum aller Juden ist, nicht nur eines bestimmten Zweigs des Judentums“.

1988 startete die kleine, aber lautstarke Gruppe „*Women of the Wall*“ eine Kampagne für die Anerkennung nicht-orthodoxer Gebete an der Klagemauer. Ihre Form und Art des Gebets löste bei einigen orthodoxen Gläubigen heftige, zum Teil gewaltsame Reaktionen aus, und den Frauen wurde daraufhin verboten, dort Gottesdienste abzuhalten. Nach wiederholten Angriffen durch ultraorthodoxe *Charedim* reichten die *Women-of-the-Wall* 1989 eine Petition ein, um das Recht von Frauen zu sichern, ohne Einschränkungen an der Mauer zu beten.

Im Jahr 2012 beschwerten sich Kritikerinnen über immer noch bestehende Einschränkungen an der Klagemauer, obwohl mittlerweile im südlichen Bereich der Mauer, wo der für die Klagemauer zuständige Rabbiner keine Kontrolle mehr hat, im August 2004 eine egalitäre Gebetsstätte eingeweiht worden war. Die Frauen sagten, Israel habe „*ein nationales Denkmal in eine ultraorthodoxe Synagoge verwandelt*“.

Im Januar 2016 genehmigte das israelische Kabinett einen Plan zur Kennzeichnung eines neuen Bereichs an der Klagemauer, der für egalitäre Gebete zur Verfügung stehen und nicht vom Rabbinat kontrolliert werden sollte. *Women-of-the-Wall* („Frauen der Klagemauer“) begrüßte die Entscheidung, obwohl der sephardische Oberrabbiner Shlomo Amar aus Jerusalem sagte, die Schaffung eines gemischtgeschlechtlichen Gebetsbereichs sei gleichbedeutend (!) mit der Zerstörung der Mauer.

Nach wie vor ist es für Frauen „illegal“, eine *Torah*-Rolle an der Klagemauer in Händen zu halten und daraus laut vorzulesen („*Verbot von Torah-Rollen an der heiligen Stätte*“ für Frauen).

Im März 2019 attackierten tausende ultraorthodoxe Männer an der Jerusalemer Klagemauer eine Gruppe liberaler Jüdinnen, die dort für gleiche Rechte kämpfen wollten. Die Gruppe „Frauen der Klagemauer“ wurde während eines Gebets an einer der wichtigsten heiligen Stätten des Judentums nach eigenen Angaben von den vorwiegend jungen Strenggläubigen angegriffen. Zwei Frauen seien verletzt worden, hieß es in einer Stellungnahme.¹⁴

Zusammenfassend fordern die „Frauen der Klagemauer“ seit über 30 Jahren gleichen Zugang für beide Geschlechter zu religiösen Ritualen an der Stätte. So sollen auch Frauen dort Gebete leiten,

Gebetsschals tragen und *Torah*-Schriftrollen berühren dürfen. Damit zieht die Gruppe sich den Zorn strenggläubiger Juden zu, die an der Geschlechtertrennung an der Klagemauer festhalten wollen.

- h) Art. 46 der *Haager Konvention* von 1907 und Art. 27 der *Vierten Genfer Konvention* von 1949 verpflichten die Besatzungsmacht (Israel), die religiösen Überzeugungen und Bräuche der Einwohner (Juden, Moslems, Christen) der besetzten Gebiete zu achten. Da die Stadt Hebron im besetzten Gebiet liegt, ist Israel verpflichtet, die *Haager Konvention* und die *Vierte Genfer Konvention*, die einen Teil des internationalen humanitären Rechts bilden, zu erfüllen. Durch die befristete Schließung der Abrahams-Moschee und verschiedener anderer Moscheen als Reaktion auf die Unruhen zwischen Siedlern und Palästinensern konnten weder Juden noch Moslems von ihrer „Freiheit zum Gottesdienst“ Gebrauch machen. Das Grabmal der Patriarchen ist in einen jüdischen und einen moslemischen Teil getrennt. An zehn jüdischen Festtagen im Jahr steht das ganze Grabmal den Juden und an zehn moslemischen Feiertagen den Moslems offen. Der religiöse Jude oder Moslem in Hebron steht nicht nur der Tatsache gegenüber, dass seiner „Religionsfreiheit“ durch Anordnungen und Beschränkungen vonseiten der Behörden Grenzen gesetzt sind. Er muss auch ständig möglicher Schikanen oder Anschläge von Extremisten des anderen Glaubens gewärtig sein, die ihn vom Gebet an seinen ihm wie auch den anderen heiligen Stätten fernzuhalten versuchen. (Wie nationale und internationale Zeitungen berichten, spielt sich solches am Grabmal der Patriarchen häufig ab.) Deshalb können sich die Einwohner Hebrons keiner vollen „Religionsfreiheit“ erfreuen, und das, obwohl mehrere Sicherheitsbestimmungen – besonders 1997 das „Protokoll über die Verwirklichung der Umgruppierung“ – beschlossen wurden.¹⁵
- i) „Religionsfreiheit“ bedeutet einerseits die Freiheit, eine Religion nach eigenem Glauben und Gewissen ohne irgendwelche staatlichen Beschränkungen oder Zwang auszuüben. Andererseits enthält der Begriff die Verpflichtung der Regierung, Vorkehrungen zu treffen, die ihren Bürgern freie Religionsausübung gewährleisten. Dazu würde nicht zuletzt die Freiheit nichtjüdischer Gläubiger (etwa Christen) gehören, gegenüber Andersgläubigen (etwa religiösen Juden) öffentlich ihren Glauben zu bezeugen; davon kann

¹⁴ „Ultraorthodoxe Juden attackieren Frauen an Klagemauer“, *Der Spiegel*, 08.03.2019.

¹⁵ Von der Darstellung der noch viel komplexere Situation betreffend „Religionsfreiheit“ auf dem Jerusalemer

Tempelberg wird im Rahmen dieser Untersuchung aus Platzgründen abgesehen.

jedoch keine Rede sein. Zudem wird jüdischen Christen, auch wenn sie die Kriterien des „Rückkehr“-Gesetzes erfüllen, die Verleihung der Staatsbürgerschaft verweigert mit der Begründung, dass dies „den jüdischen Charakter“ des Staates schwächen“ würde.

In Israel erkennt die Mehrheit der jüdischen Bevölkerung (45% sind weltlich, 35% traditionell) die *Halachá* nicht als bindend an. Ein ernstes Problem ergibt sich somit aus der Tatsache, dass Staat und Religion nicht getrennt sind, und darum allen, ohne Rücksicht darauf, ob jemand an Gott und den Sinn religiöser Regeln glaubt, religiöse Verhaltensregeln aufgezwungen werden. Im Hinblick auf Angelegenheiten des Personenstandes wie Heirat und Scheidung sind Nichtreligiöse (Nichtgläubige) der Rechtsprechung religiöser Gerichte genauso unterworfen wie Religiöse (Gläubige). Nichtgläubige dürfen am Sabbat nicht in Gebiete fahren, in denen orthodoxe Juden wohnen, und es gibt sogar gewisse Regeln, die sie zwingen, sich auch den jüdischen Vorschriften über koschere Speisen zu beugen.

Alle oben erwähnten Gesetze haben gemeinsam, dass sie sowohl Gläubigen als auch Ungläubigen eine religiöse Trauung auferlegen, was *de facto* auf die Ausübung religiösen Zwangs hinausläuft. In vielen Fällen wird diese Schwierigkeit von heiratswilligen Paaren umgangen, indem sie sich ins Ausland, besonders auf die nahegelegene Insel Zypern, begeben, um dort getraut zu werden.

Prof. Anon Rubinstein, Verfechter der Ziviltrauung (d. h. der nichthalachischen Eheschließung), brachte zum Ausdruck, dass die gegenwärtige Rechtslage den anerkannten Grundsätzen der Religionsfreiheit zuwiderlaufe. Im Hinblick auf Nichtreligiöse bemerkt er:

„Hier wird die Einzelperson Vorschriften unterworfen, die ihrem Wesen nach tief religiös sind und deren zwingende Kraft aus der Anwendung durch die gesetzgebende Körperschaft abgeleitet wird. Personen in Eheschließungs- und Scheidungsangelegenheiten religiösem Recht und religiösen

Richtern zu unterstellen, bedeutend so viel wie sie zur Teilnahme an religiösen Feiern zu zwingen. Das Problem der Religion in Israel ist im Wesentlichen ein jüdisches Problem, entstanden aus dem Versuch, eine pluralistische Gesellschaft durch Gesetz gleichzuschalten.“¹⁶

Zusammenfassend ist festzustellen: Israel verabsäumt, eine Verfassung zu entwickeln und seinen Bürgern Grundrechte durch Erlass eines auf Verfassungsrang stehenden Grundrechtekatalogs zu gewähren. Außerdem hat Israel bis heute keine klar abgegrenzte Stellung in Grundfragen eingenommen wie der Rolle der jüdischen Religion in Israel, dem „Land der jüdischen Menschen“, der nichtjüdischen Minderheiten und der exklusiv jüdischen Siedlungen.

Natalie J. Halla schreibt in den „Schlussfolgerungen“:

„Somit erscheint es naheliegend, dass gerade das Fehlen einer geschriebenen Verfassung ein Schachzug in der israelischen Politik ist. Eine Verfassung setzt der Handlungsfreiheit ihres Urhebers immer irgendwo gewisse Grenzen und würde deshalb nicht recht in die gegenwärtige Politik Israels passen. Was diesen Verdacht augenscheinlich macht, ist die Tatsache, dass in erster Linie die Orthodoxen, die für ihre unnachgiebige Haltung in Fragen betreffend Reform- und konservative Bewegungen, jüdische Siedlungen in den besetzten Gebieten oder allgemein den Friedensprozess bekannt sind, sich der Einführung einer Verfassung widersetzen. Die Durchsetzung einer Verfassung einschließlich eines Grundrechtekatalogs würde u.a. bedeuten, dass die Orthodoxen ihr Monopol in Personenstandsangelegenheiten aufgeben müssten, da ihre gegenwärtige politische Macht und ihr Einfluss den Grundsätzen der Menschenrechte, besonders der 'Religionsfreiheit', widerspricht.“¹⁷

Abgesehen von der Ratifizierung gewisser multilateraler Verträge, die u. a. „Religionsfreiheit“ garantieren sollen, und zwei neuere Grundgesetze von 1992, lassen diese Ausführungen nur die Schlussfolgerung zu, dass Israel seinen Einwohnern bis jetzt keine „Religionsfreiheit“ gewährleistet hat.

5. Dienen Araber in der Armee?

Martin Engelberg sagte: „Araber sind in Israel vollkommen gleichberechtigt, dienen auch in der Armee sogar.“ Damit wollte den Apartheid-Vorwurf widerlegen.

Wahr hingegen ist, dass fast nur die drusische Minderheit unter den arabischsprachigen Palästinensern Militärdienst leistet. Sie macht acht Prozent der arabischen Israelis aus.

Das Argument, dass „Araber sogar auch in der Armee dienen“, taugt daher nicht als Beleg dafür,

dass sie „in Israel vollkommen gleichberechtigt“ seien, im Gegenteil. Israel ist ein durch und durch militarisierter Staat, in dem der Militärdienst als Türöffner für eine berufliche Karriere dient. Dazu kommt, dass die politische Strategie von Ministerpräsident Netanjahu des „Teilens und Herrschens“ auch diesbezüglich geprobt wird: In den letzten Jahren wird versucht, palästinensische Christen (vor allem im Gebiet Galiläa/Nazareth) mit Versprechungen zum freiwilligen Militärdienst zu locken – bisher

¹⁶ In: *Journal für Zeitgeschichte* (Herbst 1967), S. 107.

¹⁷ Natalie J. Halla op. cit. 2002, „Schlussfolgerungen“.

weitgehend erfolglos –, um einen Keil zwischen ihnen und muslimischen Palästinensern zu treiben.

6. Ist Israel „das beste Beispiel einer lebendigen Demokratie und Rechtsstaat“?

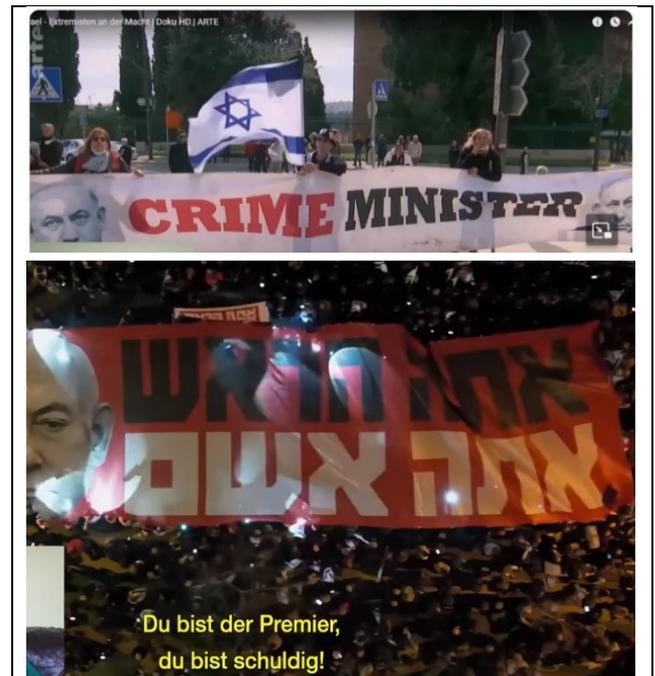
Dies behauptete Martin Engelberg allen Ernstes wiederholt, um das Apartheid-Argument zu entkräften. Er ging sogar noch weiter und machte dies auch für die besetzten Gebiete geltend.

Dagegen spricht nicht nur das „Nationalstaatsgesetz“ von 2018 und seine menschenrechtlich problematischen Implikationen, die bereits erläutert wurden (s. o.). Dagegen sprechen unzählige unabhängige Wissenschaftler innerhalb und außerhalb Israels. Im Jahr 2000 erklärte der israelisch-deutsche Soziologe und emeritierte Professor für Geschichte und Philosophie, an der Universität Tel Aviv Mosche Zuckermann, dass Israel lediglich eine „Scheindemokratie“ sei.¹⁸

Der mehrfach ausgezeichnete¹⁹ israelische Journalist und Kolumnist, Gideon Levy, spricht vom brutalst vorstellbaren Besatzungsregime,²⁰ das Israel in seinem „Hinterhof“ – im Westjordanland – betreibt. Er fährt selbst regelmäßig ins Westjordanland und berichtet aus erster Hand über die ständigen Übergriffe von gewalttätigen Siedlern, IDF-Besatzungssoldaten und Grenzpolizisten auf wehrlose palästinensische Bewohner und Hirtengemeinschaften im C-Gebiet. Und kaum jemand wird dafür ernstlich zur Rechenschaft gezogen:

„In Israel gibt es kein System, das die Verbrechen der Besatzung untersucht. Die Militärgerichte sind offensichtlich ein erbärmlicher Witz, und das Ansehen des Obersten Gerichtshofs ist gerechtfertigt, solange er nicht dem Verteidigungsapparat gegenübersteht. [...]

Nach mehr als 35 Jahren der Berichterstattung über die Besatzung, nach Tausenden von haarsträubenden Geschichten, die immer auf dieselbe Weise enden: mit Scharfschützen der Armee, die Kinder und andere unschuldige Zivilisten erschießen, mit scharfen Schüssen bei Demonstrationen, mit Luftangriffen auf hilflose Zivilisten, mit schwer kranken Menschen, denen die



Die Massendemonstrationen in Israel seit 2023 sind kein Ausdruck der „Traumatisierung“ wegen des 7. Oktobers oder der „Bedrohung durch den Iran und seine Stellvertreter“, wie Martin Engelberg glaubhaft machen möchte, sondern zu 100 % gegen die Netanjahu-Regierung (Wortspiel: *crime minister* statt *prime minister*) gerichtet, die das Justizsystem schwächen („reformieren“) möchte und den Gaza-Krieg hinauszieht, statt für die Freilassung der Geiseln zu verhandeln.

Einreise nach Israel zur medizinischen Versorgung verweigert wird, mit kollektiven Bestrafungen, Inhaftierungen ohne Gerichtsverfahren, brutalen Durchsuchungen in den Häusern unschuldiger Menschen, vor den Augen ihrer Kinder, mit Demütigungen, Schlägen, Misshandlungen, dem Einsatz von Kampfhunden, mit Leibesvisitationen und einer Unzahl weiterer Vergehen, die alle auf die gleiche Weise enden.“²¹

Sein Fazit: „Wenn das keine Apartheid ist – was ist es dann?“ sagte Gideon Levy bei einem Interview-

¹⁸ Moshe Zuckermann, Vorlesung an der Westfälischen Wilhelms-Universität (Memento vom 20. Januar 2005 im Internet Archive), Münster, 24. Oktober 2000.

¹⁹ Gideon Levy erhielt den Euro-Med-Journalistenpreis 2008, den Leipziger Freiheitspreis 2001, den Preis der israelischen Journalistenvereinigung 1997 und den Preis der Vereinigung für Menschenrechte in Israel 1996. Im Jahr 2016 erhielt Gideon Levy gemeinsam mit dem palästinensischen Pastor und Buchautor Dr. Mitri Raheb den Olof-Palme-Preis für ihren „Kampf gegen Besatzung und Gewalt“. Im Jahr 2021 wurde Levy mit dem Sokolow-Preis, dem wichtigsten Journalistenpreis Israels, ausgezeichnet. In seiner Begründung schrieb das Preiskomitee, Levy „vertritt originelle und unabhängige Positionen, die sich nicht den Konventionen oder sozialen Codes unterwerfen, und bereichert so furchtlos den öffentlichen Diskurs“.

²⁰ Ähnlich Mosche Zuckermann:

„Kritikwürdig ist beispielsweise das 50 Jahre bestehende völkerrechtswidrige und entmenslichende Okkupationsregime. Jeder anständige Mensch muss da kritisch werden, weil ein ganzes anderes Volk schikaniert wird. [...] Obwohl Israel sowohl das Westjordanland als auch das Kernland Israel beherrscht, gibt es zwei Justizsysteme. Das ist das bürgerliche Justizsystem in Israel und das andere ist das Militär-Justizsystem im Westjordanland. Bitteschön, zwei Justizsysteme. So was nennt man Apartheid“, Overton Magazin: „Warum Moshe Zuckermann von der Bundesregierung als Antisemit bezeichnet wurde“, 20. März 2024.

²¹ Gideon Levy: "All of a Sudden, Israeli Soldiers and Officers Are War Criminals", *Ha'aretz* Sept 10, 2023.

Gespräch im *Bruno Kreisky Forum für internationalen Dialog* in Wien-Döbling im Jänner 2020.

Besonders auffällig war, wie Engelberg die Demonstrationen Hunderttausender in Israels Städten als Ausdruck „lebendiger Demokratie“ interpretierte und davon ablenkte, dass es sich dabei in Wahrheit um einen Protest liberal-demokratischer Teile der Bevölkerung handelt, um den von dem rechtsextremen Regierungskabinett geplanten „Justizputsch“ (offiziell *judicial overhaul*) zu verhindern, durch den insbesondere die – ohnedies schwache – Gewaltenteilung geschwächt und die Kompetenzen des *Obersten Gerichtshofs Israels* wesentlich beschnitten werden sollen.

Zudem finden seit 7. Oktober 2023 auch noch die Massendemonstrationen statt, um die Regierung zu zwingen, einen Deal mit der *Hamas* zur Freilassung der noch lebenden verschleppten Geiseln auszuhandeln und den Krieg im Gazastreifen zu beenden. Stattdessen zog die Regierung den Krieg hinaus und begann auch noch eine neue Front im Libanon.

Mit seiner Zurückweisung des zutreffenden Arguments von Astrid Wagner („Das kann man so nicht hinnehmen“) und statt darauf einzugehen, verwies Engelberg auf die „Traumatisierung des Landes“ und auf „das Überleben des Staates“ gegenüber der Bedrohung von außen durch den Iran, womit er exakt die Propagandastrategie des israelischen Regierungskabinetts vertrat. Auf diese unsachliche Weise entzog er sich einer aufrichtigen Beurteilung der wahren Ursachen israelischer Massendemonstrationen, die bekanntermaßen bereits ein ganzes Dreivierteljahr vor dem *Hamas*-Überfall am 7. Oktober angedauert hatten²² und daher mit der *Hamas* nichts zu tun hatte, sondern ausschließlich gegen die Justizpolitik der Regierung gerichtet war. Mit diesem unsauberen rhetorischen Ablenkungsmanöver lieferte Marin Engelberg vor laufender Kamera ein anschauliches Beispiel der manipulativen Gesprächsstrategie, derer er sich bei seinem gesamten Auftritt bediente.

Israel – keine liberale Demokratie

Nota bene: Der Staat Israel gilt offiziell nicht mehr als liberale Demokratie, er wurde im Demokratie-Index herabgestuft (*V-Dem Democracy Report 2024*). Israel gilt demnach nur noch als „Wahldemokratie“ – in der zwar Wahlen abgehalten werden, die bürgerlichen Freiheiten und die Gleichheit vor dem Gesetz aber nicht gewahrt sind.²³

Richterin Anat Baron, die wenige Tage nach dem 7. Oktober 2023 aus dem Obersten Gerichtshof Israels ausgeschieden ist, sagte, dass Israel an einem Tiefpunkt angelangt ist; in diesen dramatischen Zeiten hat sie nicht das Gefühl, dass sie das Privileg habe zu schweigen. Sie warnte im Interview:

„Unter dem Radar wird die Demokratie in einer Reihe von Schritten ausgehöhlt. Ich betrachte dies als nichts weniger als eine existenzielle Gefahr.“²⁴

Tatsache ist, dass Israel zu keinem Zeitpunkt als vollkommene Demokratie existiert hat, sondern wurde als „ethnische Demokratie“ gegründet (*Ethnokratie*). Das Wort „demokratisch“ war aus einem ursprünglichen Entwurf der Unabhängigkeitserklärung gestrichen worden. So verkündete David Ben-Gurion den berühmten Satz daraus:

„Wir sind hier versammelt [...] und erklären hiermit die Gründung eines jüdischen Staates im Land Israel.“

„Jüdisch“, rief er – nicht demokratisch. Prof. Yoram Shachar, der am *Interdisziplinären Zentrum in Herzliya* lehrt, meinte 2014 dazu:

„Der Staat Israel entstand als ein jüdischer Staat mit einigen demokratischen Zügen [...]. Ich bedauere das zutiefst. Der Staat Israel hätte als demokratischer Staat mit einigen jüdischen Zügen gegründet werden müssen. Ich hoffe von ganzem Herzen, dass eine künftige Generation meinen Staat nach dieser Formel wieder errichten wird.“

Das „zionistische Projekt“ setzt die Aufrechterhaltung einer demografischen jüdischen Mehrheit und die Maximierung jüdisch-israelischer Kontrolle über das Land auf Kosten der Palästinenser voraus. Um dies zu erreichen, haben die der Staatsgründung folgenden Regierungen vorsätzlich ein System ihrer Unterdrückung und Beherrschung durchgesetzt. Die Schlüsselemente dieses Systems sind territoriale Zersplitterung der arabisch bewohnten Gebiete, Segregation und Kontrolle, Enteignung von arabischem Land und Eigentum und der Entzug von wirtschaftlichen und sozialen Rechten der nichtjüdischen Bevölkerung.

Der desolate Zustand der Pressefreiheit zwischen Jordanfluss und Mittelmeer

Nicht nur der Demokratie-Index, sondern auch der Zustand der Pressefreiheit ist ein bedeutsamer Indikator, um zu untersuchen, wohin der Staat Israel tendiert.

Die aktuelle Rangliste zur Pressefreiheit 2020 von „Reporter ohne Grenzen“ (franz. RSF), die von den vier skandinavischen Staaten Norwe-

²² Mehr darüber: „Gaza-Nakba 2023“ – Ein epochaler Nahost-Wendepunkt in zweifacher Hinsicht“ (Fritz Weber, 2023), <https://bit.ly/46CUc4M>.

²³ Michael Hauser Tov: "[Israel No Longer Considered Liberal Democracy: Global Index Cites Judicial Coup](#)", Mar 20, 2024.

²⁴ "[Make No Mistake, Israel's Coup Is Alive and Kicking: A Stunning Warning by Supreme Court Justice Anat Baron](#)" (Gidi Weitz, Jun 28, 2024, *Ha'aretz online*).

gen, Finnland, Dänemark und Schweden angeführt wird (mit Österreich an 18. Stelle), listete Israel an 88. Stelle auf. Davor liegen nicht nur neunzehn afrikanische Staaten, sondern auch das zentralasiatische Kirgisistan (82.), dessen menschenrechtliche Situation als besorgniserregend gilt infolge zunehmender Einschränkung der Pressefreiheit und Meinungsfreiheit, Einschüchterung von Regierungskritikern, Vetternwirtschaft, Zustände auf Polizeistationen, menschenunwürdiger Untersuchungshaft und der Gefängnissituation und in der Praxis weithin verbreiteter Misshandlungen. Unmittelbar benachbart hinter Israel liegt Ungarn (89.), dem vom „Sonderausschuss zu Desinformation und ausländischer Einflussnahme“ des EU-Parlaments demokratieschwächende Praxis attestiert wird.

In einem vorhergegangenen Ranking wurde das Verhalten israelischer Verantwortlicher außerhalb der eigenen Staatsgrenzen differenziert betrachtet, da die israelische Armee (IDF) die Berichterstattung aus den besetzten Gebieten behindert. Für diesen extra-territorialen Raum landete Israel auf Rang 135 und ist damit schlechter platziert als die Palästinensische Autonomiebehörde (PA).

In einem Kommuniqué des israelischen Presserats vom April 2017 hieß es (somit mehrere Jahre vor der Amtseinstellung der rechtsextrem-rassistischen Regierung Netanjahu VI):

„Die Gesetze, die Israels Regierung vorantreibt, fügen dem öffentlichen Rundfunk und seinen Journalisten schwerste Schäden zu. Sie erwecken den Eindruck, dass hier Köpfe rollen sollen, um eine abschreckende Wirkung gegen alle Journalisten im öffentlichen Rundfunk zu erzeugen. Die zwanghaft anmutende dauernde Beschäftigung des Premiers mit dem öffentlichen Rundfunk und seine Versuche, die Kontrolle über ihn zu gewinnen, sind eindeutig zu verurteilen.“

Die Präsidentin des Presserats, Dalia Dorner (als ehemalige Richterin an Israels Oberstem Gericht), sprach im Lauf eines Interviews²⁵ die auf den regierenden Premierminister [Netanjahu] gemünzten Skandale an:

„Eine Journalistin persönlich anzugreifen, weil einem ihre Artikel nicht gefallen, das ist ein schwerwiegendes Problem.“

Daraufhin fragte der Interviewer: „Diese Affären zeichnen ein sehr problematisches Bild. Deswegen nochmals die Frage: Ist Israel dann überhaupt noch eine Demokratie?“ Dorners Antwort:

„Ich habe gesagt, dass wir eine Demokratie sind, dass wir ein unabhängiges Gerichtssystem haben, Überwachung durch das Parlament. Aber all das steht auf tönernen Füßen, ist auf Treibsand gebaut, weil wir keine Verfassung haben. Unsere Grundrechte sind nicht festgezurr, die Regierung kann mit ihrer Mehrheit im Parlament jedes Gesetz erlassen, das ihr beliebt. Es gibt keine geregelte Gewaltenteilung.“

Israel – ein Rechtsstaat?

Entgegen Martin Engelbergs Behauptung im Streitgespräch ist Israel kein Rechtsstaat im Sinne einer liberalen Demokratie, die das Völkerrecht respektiert und Minderheiten schützt, im Gegenteil. Eine ausführliche Darstellung würde den Umfang dieses Faktenchecks bei weitem sprengen. Hier nur einer von zahlreichen schlagenden Beweisen:

Israel ist neben Marokko das einzige Land, das gegenwärtig eine offenkundig kriegerische Besetzung einer ganzen Nation betreibt. Stephen Zunes, Professor für Politik an der Universität von San Francisco, hält dies für einen besonders ungeheuerlichen Verstoß gegen das Völkerrecht, für das die Vereinten Nationen – als überparteiliche, supranationale Völkerrechtseinstitution – zu einem großen Teil gegründet wurden mit dem Ziel, „Bedingungen zu schaffen, unter denen Gerechtigkeit und die Achtung vor den Verpflichtungen aus Verträgen und anderen Quellen des Völkerrechts gewahrt werden können“. (Präambel der UN-Charta)

Israel dagegen verachtet wie kein anderes UN-Mitglied fundamentale UN-Beschlüsse, und dies seit seinem Gründungsjahr 1948.²⁶ Nachfolgend weitere Indizien für Israels Rechtsstaats-Defizit.

Landraub mittels völkerrechtswidriger „Staatsland“-Erklärungen

Indem die israelische Militärregierung im Westjordanland die Aussetzung des Verfahrens zur Regelung von Eigentumsrechten von 1967 missbraucht, um palästinensisches Land als „Staatsland“ zu beanspruchen, auf das der frühere Souverän (das Osmanische Reich, die britische Mandatsbehörde und das Jordanische Königreich) keinen Anspruch erhoben hatte, und es schließlich entgegen internationalem Recht zugunsten des israelischen Siedlungsunternehmens nutzt, hat der Militärbefehlshaber die vom Völkerrecht eingeräumten begrenzten Verwaltungsbefugnisse entscheidend überschritten.

Mit dieser Politik des Landraubs im Westjordanland verletzt der Besatzerstaat Israel

²⁵ <https://www.welt.de/politik/ausland/article164030720/Israels-Demokratie-ist-auf-Treibsand-gebaut.html>, veröffentlicht am 26.04.2017.

²⁶ Mehr darüber: „Israels Verstöße gegen internationale Normen“ in: „Die Denunziierungskampagne der Israel-

Lobby entlarvt: Warum 'Freunde Israels' die UNO attackieren und Menschenrechts-NGOs als 'Terroristen' denunzieren“, Analysen, Kommentar & Hintergrund, Fritz Weber 2021/2024.

unwiderruflich die grundlegendsten Rechte des palästinensischen Volkes.²⁷

Die israelische Regierung bricht auch israelisches Recht

Nicht zuletzt brechen israelische Regierungen seit jeher und immer wieder israelische Gesetze. Eines der herausragenden Beispiele sind die laufenden, nicht nur gegen internationales, sondern auch gegen israelisches Recht verstoßenden Gründungen jüdischer „Außenposten“ (*outposts*) auf palästinensischem Land.

Ein weiteres Beispiel ist die Nichtbeachtung von Urteilen israelischer Gerichte. Die ist kein neues oder seltenes Phänomen in der israelischen Politik, doch seit Einsetzung des Regierungskabinetts Netanjahu VI eskaliert diese „Politik“. Im August 2024 berichtete die renommierte israelische Tageszeitung *Ha'aretz*:

„Seit Jahren stellt die politische Rechte den Obersten

Gerichtshof und den Generalstaatsanwalt als machtgierige und bedrohliche Organe dar, die angeblich das Land regieren – obwohl sie in der Praxis vom Wohlwollen der Regierung abhängig sind, um ihre Entscheidungen umzusetzen, und keinen Einfluss auf sie haben.

Doch seit der Bildung von Netanjahus derzeitiger Koalition hat sich die Zurückhaltung der Regierung bei der Umsetzung von Urteilen des Obersten Gerichtshofs und ihr Widerstand gegen die verbindlichen Stellungnahmen des Generalstaatsanwalts stark ausgeweitet, was zu einer beispiellosen Verschlechterung der israelischen Demokratie geführt hat.“²⁸

Wie viele Belege braucht es noch, um die Behauptung Martin Engelbergs als dreisten Betrug *coram publico* zu entlarven, dass Israel „das beste Beispiel einer lebendigen Demokratie und [eines] Rechtsstaat[s]“ sei?

7. Ist Israel ein Apartheid-Staat? Die Stimmen der Menschenrechts-Organisationen

Martin Engelberg wies die Aussage, in Israel bzw. in den besetzten Gebieten gebe es Apartheid, vehement zurück und bezeichnete dies als „Lüge“. Astrid Wagner dagegen berief sich auf die Einschätzungen von Menschenrechtsorganisationen wie *Amnesty International* (AI).

Die Wahrheit ist auf ihrer Seite. AI hat in den letzten Jahren eine Reihe von Studien erarbeitet und veröffentlicht. Zuletzt erschien der [Bericht 2020](#) "Israel's Apartheid against Palestinians: Cruel System of Domination and Crime against Humanity". Dieser zeigt, wie aufeinander folgende israelische Regierungen ein institutionalisiertes System der Unterdrückung und Beherrschung von Palästinenser:innen in Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten geschaffen haben und aufrechterhalten.

Der Bericht reiht sich ein in eine wachsende Zahl von Untersuchungen palästinensischer, israelischer und internationaler Menschenrechtsorganisationen sowie von Anwält:innen, Schriftsteller:innen und Wissenschaftler:innen. In jüngster Zeit haben die israelischen Menschenrechtsorganisationen [Yesh Din](#) und [B'Tselem](#) sowie die internationale Menschenrechtsorganisation [Human Rights Watch](#) (HRW) Berichte veröffentlicht, die juristischen Definition der Apartheid anwenden, um die systematischen Menschenrechtsverletzungen, denen die Palästinenser:innen ausgesetzt sind, zu beschreiben. [Human](#)

[Rights Watch](#) [befand](#), dass die israelische Regierung die Absicht zeigt, die Vorherrschaft der jüdischen Bürger:innen Israels gegenüber den Palästinenser:innen in Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten aufrechtzuerhalten. [Yesh Din](#) kam zum selben Schluss, insbesondere das Westjordanland betreffend. [B'Tselem stellt fest](#), dass Israel sowohl in den besetzten palästinensischen Gebieten wie auch innerhalb der eigenen Grenzen ein Apartheid-System aufrechterhält.

Nach dem biblischen Rechtsprinzip, dass jede Rechtssache aufgrund zumindest mehrerer Zeugen festgestellt werden soll (s. o.), sollte aufgrund bisheriger Beweisführung geklärt sein, wer von den beiden Diskutierenden im gegenständlichen Streitgespräch lügt und wer auf der Seite der Wahrheit steht. Dennoch – hören wir auch noch Gideon Levy (GL), als er anlässlich der Verleihung des „Ari Rath Preises für kritischen Journalismus 2021“ am 21. Juli 2021 in einem Wohnzimmer-Gespräch mit Alexandra Förderl-Schmid²⁹ (AF) im Wiener *Bruno-Kreisley Forum* darüber sprach.³⁰ Es fand während der Zeit der sogenannten „Regierung des Wechsels“ in Israel statt, bei der acht – teilweise recht unterschiedliche – Parteien eine Koalition unter Naftali Bennett bildeten, die jedoch im Herbst 2022 scheiterte und im Dezember durch eine radikal rechtsextrem-religiöse Regierungskoalition unter Benjamin Netanjahu

²⁷ Mehr darüber: „Der Staat Israel als Landräuber im besetzten Palästina. Die „Staatsland“-Erklärungen unter der Lupe“ (Fritz Weber 2024),

²⁸ Chen Maanit, Aug 28, 2024: "[Ignoring the High Court and Attorney General, Israel Is Racing Toward a Constitutional Crisis](#)".

²⁹ Die mehrfach ausgezeichnete Journalistin Alexandra Förderl-Schmid war seit Juli 2020 stellvertretende Chefredakteurin der Süddeutschen Zeitung. Davor war sie Korrespondentin für Israel und die palästinensischen Gebiete.

³⁰ „Gideon Levy: HAS ISRAEL CROSSED A LINE?“ Gideon Levy in conversation with Alexandra Förderl-Schmid (Video 17:23). <https://www.youtube.com/watch?v=KTgXNEhPSqg>.

abgelöst wurde. Nachfolgend ein Ausschnitt (übersetzt) zwischen Minute 6:08 und 10:42:

AF: Würden Sie sich selbst als Zionist bezeichnen?

GL: Nein, ich war vor langer Zeit ein Zionist. Nein, das war ein schrittweiser Prozess. Ich wurde als Zionist erzogen, ich war die meiste Zeit meines Lebens Zionist, aber in den letzten Jahren kann ich mich nicht mehr mit dem Zionismus identifizieren, weil der Zionismus heute für Apartheid steht, das ist ganz klar. Und ich kann mich nicht mit Apartheid identifizieren, aber ich identifiziere mich voll und ganz als Israeli, ich gehöre dorthin und werde nie woanders hingehen. Aber Zionismus ist eine Ideologie, die – wenn man sie wirklich ohne Vorurteile und Lügen überprüft – wenn man sie wirklich überprüft: Was ist Zionismus? Es geht um die jüdische Vorherrschaft in Palästina. Und das könnte sehr schön und gut sein, wenn man die Tatsache ignoriert, dass es in Palästina noch ein anderes Volk gibt.

AF: Sie waren früher ein starker Befürworter der Zweistaatenlösung, die hier in Europa immer noch als die beste und einzige Lösung angesehen wird, aber Sie haben Ihre Meinung geändert und sind jetzt der Meinung, dass es besser ist, in Richtung eines einzigen Staates (one state) zu gehen. Warum dieser Sinneswandel?

GL: Ich denke, dass die meisten europäischen Staats- und Regierungschefs, die die Zweistaatenlösung unterstützen, wissen, dass diese Lösung zwar hervorragend war, aber heute völlig irrelevant ist, selbst für diejenigen, die sie unterstützen. Ich habe einige von ihnen getroffen, und sie würden hinter verschlossenen Türen sagen: „Ja, wir wissen, dass es keine Chance mehr für die Zweistaatenlösung gibt, aber wir müssen weitermachen, denn wenn wir uns gegen die Zweistaatenlösung stellen, bedeutet das, wirklich alles neu zu starten und alles zurückzusetzen.“ Die Zweistaatenlösung war relevant, solange wir das Land wirklich teilen konnten. Mit 700.000 jüdischen Siedlern im Westjordanland, die niemals von dort evakuiert werden, kann man das Land nicht wirklich teilen. Man kann einige palästinensische Bantustans haben, aber keinen lebensfähigen palästinensischen Staat – das ist



vorbei – und dann hat man sich gedacht: Soll man weiterhin von einer Zweistaatenlösung sprechen, obwohl man weiß, dass sie nie stattfinden wird, oder soll man nach etwas anderem suchen, denn die Fortsetzung des Status quo ist das Schlimmste. Und die einzige Alternative ist, über gleiche Rechte zu sprechen.

AF: Glauben Sie, dass dies jetzt der Fall sein wird, da die Ära von Bibi Netanjahu vorbei ist und wir zumindest vorerst einen neuen Premierminister (Naftali Bennett) haben? Glauben Sie, dass es eine neue Chance gibt, irgendeine Hoffnung, Israelis und Palästinenser einander näher zu bringen, oder ist das Gegenteil der Fall?

GL: Leider ist es genau das Gegenteil, es gibt keine Chance, denn diese Regierung mag einige Veränderungen für Israel bringen, aber es gibt ein Thema, das sie in keiner Weise ändern werden, und das ist das Palästinenserproblem. Sie werden weiterhin das Problem leugnen, ihre Rechte leugnen, die jüdische Vorherrschaft unterstützen und nichts tun, um eines der Probleme und Herausforderungen zu lösen, die die Besatzung für uns mit sich bringt. Und deshalb liegt der Ball wirklich in den Händen der internationalen Gemeinschaft, denn von Israel kann man nichts erwarten. Die Israelis werden nicht eines Morgens aufwachen und sagen: „Oh, die Besatzung ist nicht so schön, lasst uns dem ein Ende setzen“ – das wird nicht passieren.“

8. Die beiden Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofs von 2004 und 2024

Nachdem Martin Engelberg seine Kontrahentin wegen ihres Verweises auf Apartheid in Israel zum zweiten Mal der Lüge bezichtigt und damit versucht hatte, sie vor dem Fernsehpublikum als nicht glaubwürdig und „ahnungslos“ zu desavouieren, nur weil sie noch nicht persönlich in Israel gewesen ist, fragte sie ihn, ob er das Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofs kenne. Engelberg ging darauf nicht ein, sondern beharrte auf seine Behauptung (ohne jede weitere Erklärung), dass „die Situation komplett anders“ sei.

Dazu folgender Sachverhalt: Am 12. Juni 2024 veröffentlichte der Internationale Gerichtshof (IGH, engl. ICJ) in Den Haag ein Gutachten zur israelischen Besatzung im Westjordanland. Dabei gelangte er zu einer Reihe von [Schlüssen](#), in der Hauptsache zu folgendem Schluss:

„Israel muss seine illegale Besatzung der palästinensischen Gebiete beenden, keine neuen Siedlungen mehr errichten und die bereits bestehenden räumen.“

Betreffend Apartheid stellte der IGH fest:

„In Bezug auf das Verbot der Rassentrennung und der Apartheid im Internationalen Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung (CERD) stellte das Gericht fest, dass die israelischen Gesetze eine 'Trennung' zwischen Palästinensern und Siedlern in den besetzten Gebieten in physischer und rechtlicher Hinsicht bewirken, was einen 'Verstoß' gegen Artikel 3 des CERD bedeutet.“

Dieses Gutachten ist jedoch nicht das erste des Internationalen Gerichtshofs betreffend Israels nachhaltig völkerrechtswidrige Politik. Bereits im Jahr 2004 gab der IGH ein Gutachten zur israelischen Sperranlage im Westjordanland ab (*West Bank barrier, separation wall*) und entschied, dass diese gegen das Völkerrecht verstößt und entfernt werden sollte.³¹ Israel verweigert dies nicht nur, sondern baut diese Sperranlage weiter. Sie steht zu 85 % jenseits der international anerkannten Grenze zwischen dem Staat Israel und dem Staat Palästina (*State of Palestine*), die der Waffenstillstandslinie von 1949 („*Green line*“) entspricht, und reicht bis tief in palästinensisches Gebiet hinein, sodass dadurch 705 km² abgetrennt und damit *de facto* annektiert wurden, was 12,5 % des West-

jordanlandes ausmacht und damit definitiv gestohlenes palästinensisches Land ist.³² Die israelische Landraub-Strategie dabei liegt vor allem darin, Palästina in einen Nord- und in einen Südteil zu zertrennen.

Bei dieser Gelegenheit erklärte der IGH, wie schon früher, ein weiteres Mal, dass Israel die Existenz eines „palästinensischen Volkes“ bereits anerkannt hat, und verwies mehrfach auf das palästinensische Volk und seine „legitimen Rechte“ in internationalen Abkommen. Zu diesen Rechten gehöre das Recht auf Selbstbestimmung, das ihm Israel jedoch auf verschiedene Weise verweigert. Dazu erklärte der niederländische Honorarprofessor der Universität Amsterdam, Paul de Waart, dass dies IGH-Gutachten von 2004...

„...die gegenwärtige Verantwortung der Vereinten Nationen für den Schutz der Staatlichkeit Palästinas feststellte. Es bestätigte die Anwendbarkeit des Verbots des Erwerbs palästinensischer Gebiete durch Israel und bestätigte die Rechtswidrigkeit der israelischen Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten.“

9. Welche Rolle hat Bruno Kreisky im Nahost-Konflikt gespielt?

Astrid Wagner würdigte in ihrem Beitrag Bruno Kreisky³³ als „großen Visionär“, der betreffend seine aktive Neutralitäts- und Friedenspolitik „eine große Rolle gespielt“ und „Recht hatte“, mit der PLO (*Palästinensische Befreiungsorganisation*) zu sprechen, weil diese dann „sehr wohl mit Jitzchak Rabin gesprochen“ hat, was dann „einen Friedensprozess eingeleitet“ hat. Diese Angaben sind historisch korrekt.

Was Martin Engelberg dagegen eingewendet und negativ beurteilt hat, ist es wert, genauer unter die Lupe genommen zu werden. Ein Faktencheck ergibt folgenden Befund:

1) Engelberg hielt Astrid Wagner vor, Kreisky zu „verherrlichen“ (er sagte: „*Verherrlichung Kreiskys*“).

Diese Wortwahl ist eine polemische Übertreibung, denn Astrid Wagner hatte Kreisky nur in Bezug auf seinen Kampf um einen Nahost-Frieden als „Visionär“ bezeichnet und nicht auf sein politisches Gesamtwerk bezogen (das nicht zur Debatte stand). Tatsächlich war Kreisky stets der Meinung, dass Österreich durch aktive Außenpolitik besser geschützt werden könne als durch das Bundesheer.

2) Engelberg führte aus, dass (a) Kreisky Arafat „noch als Terrorist ins Bundeskanzleramt eingeladen“, und warf ihm vor, (b) „komplett einseitig“ gewesen zu sein. Dafür sei er (c) „sehr heftig kritisiert“ wor-

den „in Österreich, in der ganzen Welt“. Diese Aussagen sind grundsätzlich nicht falsch, müssen aber differenziert werden.

Ad 2a) Warum Kreisky „Arafat noch als Terrorist eingeladen“ hat, wurde von Astrid Wagner im Streitgespräch plausibel erklärt (s. o).

Ad 2b) „Einseitig“ zu sein, liegt in der Natur einer gerechten Sache, wenn es um einen asymmetrischen Konflikt geht und darum, der unterlegenen Seite – Benachteiligten und Diskriminierten – gegenüber ihren Unterdrückern Gerechtigkeit zu verschaffen. Engelbergs negativ gemeintes Urteil ist beispielhaft für seine Befangenheit als ehemaliges Vorstandsmitglied der *Israelitischen Kultusgemeinde* (IKG), der jüdischen Gemeinde in Wien (aus der Kreisky 1931 ausgetreten ist), und dient offensichtlich der beabsichtigten Kompromittierung der unbestreitbaren außenpolitischen Verdienste Kreiskys.

In Wikipedia ist nachzulesen (Hvh. d. Verf.):

„Das große Engagement, das Kreisky schon zuvor für die Außenpolitik Österreichs gezeigt hatte – von 1953 bis zum Amtsantritt 1970 insgesamt 166 berufliche Auslandsreisen –, setzte er als Bundeskanzler uneingeschränkt fort. Sein weltweites Auftreten als Außenpolitiker überstieg die Erwartungen an einen Politiker

³¹ <https://press.un.org/en/2004/icj616.doc.htm>.

³² Mitteilung vom 23. Juni 2022, arij.org.

³³ Dr. Bruno Kreisky (1911-1990) war schon 1954/1955 als österreichischer Staatssekretär Mitglied von Delegationen,

die mit der Sowjetunion über ein Ende der seit 1945 währenden Besatzung und über einen Staatsvertrag verhandelten. Später war er Außenminister (1959-1966) und Bundeskanzler von 1970 bis 1983.

eines Kleinstaates bei Weitem, umso mehr, als er sich nicht nur um Fragen im unmittelbaren Interesse Österreichs sorgte, sondern auch den Weltfrieden, Entwicklungshilfe und den Nahostkonflikt in seine Arbeit einbezog.“

Ad 2c) Laut Engelberg sei Kreisky „sehr heftig kritisiert“ worden „in Österreich, in der ganzen Welt“.

Differenziert betrachtet wurde Kreisky vor allem von den israelischen Regierungen wegen seines Kontakts mit dem Palästinenserführer Jassir Arafat und seinen Bemühungen um Gespräche kritisiert (auch von Simon Wiesenthal wegen einiger Minister mit Nazi-Vergangenheit) – warum? Weil die Israelis sich (bis über Kreiskys Tod hinaus) geweigert hatten, mit den Palästinensern Friedensgespräche zu führen.

Es war stets die Politik der militanten Zionisten gewesen (und ist es bis heute), die Palästinenser zwischen Jordanfluss und Mittelmeer nach Möglichkeit „unsichtbar“ zu machen, militärisch zu unterdrücken und zum Schweigen oder zum Verschwinden zu bringen. „Und doch – wir sind immer noch hier“, schrieb der prominente palästinensische Kulturwissenschaftler Edward W. Said vor einem Vierteljahrhundert, und er sollte – entgegen allen Bemühungen der militanten Zionisten – Recht behalten.

Kreisky dagegen ermöglichte der PLO die offizielle Einrichtung eines Büros in Wien („PLO-Botschaft“). Mit dieser Politik wurden die Palästinenser von der Welt als unterdrücktes Volk wahrgenommen und „sichtbar gemacht“. Darum zog sich Kreisky – etwa durch seine Aussagen über Menachem Begin – den Hass der Zionisten zu und erwarb sich sogar den Ruf, dem Typus „des sich selbst hassenden Juden“ zu entsprechen,³⁴ oder, schlimmer noch, ein „jüdischer Antisemit“ zu sein. Jedenfalls machten Kreiskys Positionen zum Nahost-Konflikt ihn zum Feindbild für viele militant zionistischen Israelis.

Tatsächlich wurde Kreisky nicht nur in Österreich, sondern in nahezu der gesamten westlichen Welt heftig kritisiert („Mit Terroristen redet man nicht!“). Aber bedeutet dies, dass seine Politik, wie Engelberg meinte, „nicht funktioniert“ habe? Keineswegs, im Gegenteil: Es beweist geradezu, wie Astrid Wagner sagte, dass er in dieser Hin-

sicht tatsächlich ein „großer Visionär“ gewesen ist – und nicht ein Träumer. Der nächste – dokumentarische – Abschnitt möge dies deutlich machen.

3) Kreiskys Palästinenserpolitik sei „überhaupt keine gut funktionierende Politik“ gewesen, behauptete Engelberg.

Stimmt das? Worin bestand Kreiskys Nahost-Politik tatsächlich?

Kreiskys frühzeitige Bemühungen um ein Ende des Blutvergießens trugen zur Anerkennung der PLO als legitime Vertretung des palästinensischen Volkes durch die UNO und zur Gewährung des Beobachterstatus in der UN-Vollversammlung (1974) bei. 1977 kam es zur Akkreditierung der *Palästinensischen Vertretung in Wien*.³⁵ Diese wurde 1980 – nach Bundeskanzler Kreiskys Besuch beim PLO-Vorsitzenden Jassir Arafat – bilateral als Kooperationsbüro akzeptiert.

Eine Spätfolge der Anerkennung war 1991 die *Madriider Friedenskonferenz*, die zu einem Rückgang des seit 1987 ausgebrochenen blutigen Aufstands gegen die israelische Militärherrschaft im Westjordanland (erste Intifada) führte. Im Zuge des in Madrid begonnenen Friedensprozesses verpflichtete sich die PLO zu einem völligen Gewaltverzicht gegenüber Israel.³⁶ Die PLO erkannte Israel als Staat an, und Israel erkannte die PLO als Vertreterin des palästinensischen Volkes an.

Den in Madrid gestellten Weichen zu Interims-Selbstverwaltungs-Vereinbarungen sollten Verhandlungen über einen dauerhaften Status folgen („Oslo-Prozess“). Dieser Prozess war gut für Israel: In der Folge erhöhte sich Anzahl von Staaten wesentlich, die Israel anerkannten – einschließlich der Großmächte China und Indien, aber auch in der arabischen Welt, Oman, Katar, Tunesien, Marokko und Mauretanien, sowie ein Abschwellen des arabischen Boykotts und ein Aufbau von Wirtschaftsbeziehungen mit einigen der arabischen Staaten.

Der österreichische Bundeskanzler Bruno Kreisky war der erste westliche Politiker, der einen Gesprächskanal zu PLO-Chef Jassir Arafat aufgebaut hatte. Diese guten PLO-Kontakte Kreiskys machte sich der US-amerikanische Außenminister Henry Kissinger (der wie Kreisky jüdischer Abkunft war) 1973/74 während seiner „Pendel-

³⁴ Dieses Diffamierungsmuster wird heute mehr denn je angewendet. Beispielsweise beklagte Prof. Moshe Zuckermann, dass Deutschland die Meinungsfreiheit einschränke. „Wenn ich Israel kritisiere, zum Beispiel weil Menschenrechte missachtet werden oder Völkerrecht in den besetzten palästinensischen Gebieten verletzt wird, werde ich gleich als ein sich selbst hassender Jude und Antisemit bezeichnet.“ (Florian Quanz: „Israel-Kritiker Zuckermann wehrt sich gegen

Antisemitismus-Vorwurf durch Deutsche“, HNA, 17.10.2018.

³⁵ <https://www.bmeia.gv.at/themen/aussenpolitik/naher-osten-und-nordafrika/der-friedensprozess-im-nahen-osten>.

³⁶ Wenige Tage vor der Unterzeichnung von „Oslo I“ (13. September 1993) hatte Jassir Arafat dem norwegischen Außenminister Johan Jørgen Holst brieflich zugesichert, dem Terror abzuschwören.

mission“ zwischen Israel und den arabischen Staaten zunutze, um ein Ende des Jom-Kippur-Krieges auszuhandeln und die Friedensbemühungen voranzubringen. Kissinger, der über die Kontakte zwischen Kreisky und Arafat Bescheid wusste, nutzte diese auf diskrete Weise und kam wiederholt in Wien vorbei, um Bundeskanzler Kreisky zu treffen. Er kam nach Wien, berichtete Kreisky über den Fortgang seiner Gespräche mit der israelischen Führung (bis 1974 war Golda Meir Ministerpräsidentin, danach Yitzhak Rabin) und bat den Bundeskanzler, dazu die Meinung Arafats einzuholen. Johannes Kunz, der langjährige Pressesprecher Kreiskys, war damals als Mitarbeiter Kreiskys anwesend gewesen, als dieser die Auffassung Arafats an Kissinger weitergab, er wäre zur Anerkennung des Staates Israel bereit, sollte Israel gleichzeitig das Recht der Palästinenser auf einen eigenen Staat anerkennen.

Diese Geschichte zeigt den Realpolitiker Kissinger, der in der damaligen Einschätzung der Nahostpolitik mit Kreisky, der erklärtermaßen Antizionist war, in vielen Punkten übereinstimmte, erinnert sich Johannes Kunz. Die Idee der Zwei-Staaten-Lösung geht auf die Mitte der 1970er-Jahre zurück, und Kreisky war einer der ersten Befürworter. Eine wichtige Etappe war der Oslo-Friedensprozess (der Ende der 1990er Jahre nach der Ermordung Jitzchak Rabins ins Stocken geraten würde,³⁷ aber das ist eine andere Geschichte).

Heute ist unbestritten, dass Kreisky mit seinem seinerzeitigen Befund, der Nahe Osten werde nie zur Ruhe kommen, ehe nicht die Palästinenserfrage gelöst sei, recht behalten hat. Gerade die Ereignisse um den 7. Oktober 2024 beweisen das, schreibt Johannes Kunz.³⁸

Kreisky schied 1983 aus der Bundespolitik aus. Dennoch setzte er trotz Alters und seines gesundheitlichen Niedergangs seine außenpolitischen Initiativen fort: Er setzte sich für den Nord-Süd-Dialog ein sowie im Nahostkonflikt, wo



Quelle: „Die Wurzeln des Konflikts“, ORF 07.10.2024

er unter anderem nach dem Libanon-Krieg bei der Vermittlung eines israelisch-palästinensischen Gefangenenaustausches tätig war.

Dies sind also die Fakten zur Frage „gut oder nicht gut funktionierender“ Nahost-Politik Kreiskys. Entweder hat der ÖVP-Abgeordnete Martin Engelberg diesbezüglich „tatsächlich keine Ahnung“ (genau das, was er – zu Unrecht – im Streitgespräch seiner Kontrahentin unterstellte), oder er ist ideologisch allzu sehr auf das zionistische Narrativ glatt gebügelt, dass er diese weitgehend bekannten Sachverhalte zeitgeschichtlicher Allgemeinbildung ausblendet oder einfach verleugnet.

- 4) Weiters sagte Martin Engelberg über Bruno Kreisky, er „war überhaupt nie ein legitimer Verhandlungspartner, hat Österreich überhaupt nicht ins Spiel gebracht – nie hat Österreich da eine Rolle gespielt in den Nahostverhandlungen.“

Solche bizarren, anachronistischen Aussagen lassen tief blicken – bei welchen „Verhandlungen“ hätte Kreisky „Österreich ins Spiel bringen“ sollen? Wahr ist vielmehr: Es gab noch gar keine Nahostverhandlungen zu Kreiskys Lebzeiten!

Dass Österreich „in den Nahostverhandlungen nie eine Rolle gespielt hat“, ist daher Bruno Kreisky schwerlich anzulasten, endete doch sein Leben Mitte des Jahres 1990, während die Konferenz von Madrid erst gegen Ende 1991 stattfand. Im März 1992 gewann Jitzchak Rabin die Knesset-Wahlen und wurde im Juli 1992 zum zweiten Mal Ministerpräsident. Erst im Jänner 1993 wurde von der Knesset das PLO-Kontaktverbot aufgehoben, sodass es dann zügig zur Unterzeichnung der „Prinzipienerklärung über eine vorübergehende Selbstverwaltung“ (Oslo I) am 13. September 1993 in Washington kam.

Dass Martin Engelberg zwar „weiß“, dass Kreisky „überhaupt nie ein legitimer Verhandlungspartner“ war, ist wohl richtig, weil er zu den Verhandlungen nicht mehr lebte, offenbart aber ein mehr als peinliches Nichtwissen Engelbergs zur Geschichte des Landes, das er so verbissen verteidigt.

- 5) Schließlich behauptete Engelberg:

Und eigentlich erst in den letzten Jahren ist es gelungen – und ich glaube, da kommt Sebastian Kurz ein großes Verdienst zu – Österreich überhaupt in die Position zu bringen – auch in Israel – anerkannt zu werden, als jemand, der Verständnis hat, versteht, was da im Nahen Osten abgeht“.

Auch das ist vollkommen falsch, aber offenbar geht es Martin Engelberg, der seit 2017 NR-Abgeordneter ist, darum, hier seinen ÖVP-Parteikolle-

³⁷ Vgl. Edward W. Saida Analyse: "The end of the peace process: Oslo and after", Toronto 2000. "The worst deception by the Israelis was in Oslo Two", schrieb Said desillusioniert (p. 116).

³⁸ Johannes Kunz: „Wie Henry Kissinger Bruno Kreiskys gute PLO-Kontakte nutzte“, Die Presse, 30. November 2023.

gen Sebastian Kurz ins Spiel zu bringen, den er vielleicht selber in dessen einseitigen Pro-Israel-Linie bestärkt haben mag.³⁹

Tatsache ist vielmehr: Die diplomatische „Eiszeit“ zwischen Österreich und Israel war erst durch die „Waldheim-Affäre“ (ab 1986) ausgebrochen und nicht durch Kreiskys Nahost-Vermittlungstätigkeit während der 1970er Jahre. Diese „Eiszeit“ fand jedoch bereits 1992 nach Ablauf von Kurt Waldheims Bundespräsidentschaft ein Ende, während die offizielle Wieder-Annäherung von Israel und Österreich durch Bundeskanzler Franz Vranitzkys Besuch und Eingeständnis der kollektiven österreichischen Verantwortung für die Shoah in Israel 1993 das Erbe Kreiskys als Vermittler in der Nahost-Region seine Fortsetzung fand und die offiziellen und inoffiziellen Kontakte intensiviert wurden, sodass der „Vermittlungskanal Wien“ als Alternative zum norwegischen Oslo bereit stand.

Gegen Mitte der 1995er Jahre nahmen Jassir Arafats Besuche in Wien an Intensität zu. Von österreichischer Seite besuchten die Bundeskanzler Franz Vranitzky (Ende 1996) und Viktor Klima (März 1998) sowie der Außenminister Wolfgang Schüssel (im Mai 1997) den PLO-Chef und Vertreter der Palästinenser jeweils während ihrer Visiten in Israel.

Wenn Martin Engelberg schon nicht die sachlich korrekten Aussagen von Astrid Wagner ernstnimmt, sondern – im Gegenteil – standhaft in Abrede stellt, würde er vielleicht zur Kenntnis nehmen, was in den jüdischen Nachrichten „Freie Europa Umschau“ zu lesen war.⁴⁰ *HaGalil* rezensierte damals ein neues Buch des angesehenen Politikwissenschaftlers, Soziologen und Nahost-Experten jüdischer Herkunft, Dr. John Bunzl ("Between Vienna and Jerusalem. Reflections and Polemics on Austria, Israel and Palestine", 1998). *HaGalil* (Anton Legerer, Jr.) schrieb (Hvh. d. V.):

„Über die Relevanz von Arafats Besuchen sowie der regen österreichisch-israelischen Kontakte auf den Friedensprozess hat der Wiener Nahost-

Experte John Bunzl (Österreichisches Institut für internationale Politik) im Vorjahr einen englischsprachigen Sammelband mit einem Vorwort von Uri Avnery veröffentlicht. Ausgehend von den Initiativen Bruno Kreiskys (österreichischer Bundeskanzler 1970-1983) in den 70ern, die zur offiziellen Einladung Arafats durch den österreichischen Bundeskanzler am 7. Juli 1979 führten und bereits im darauffolgenden März 1980 die offizielle österreichische Anerkennung der PLO als Vertreter der Palästinenser zur Folge hatten, zeichnet der Autor das von Kreisky dominierte österreichische Involvement im Nahen Osten bis in die 90er Jahre nach. Bunzl skizziert das durchaus ambivalente Verhältnis Kreiskys zu Israels Politik: als Sozialist verstand sich Kreisky stets in Opposition zum Zionismus, obwohl sich Kreisky Israel 'viel mehr verpflichtet fühlte, als er zugab'."

HaGalil meint sogar, bei der Aufzählung von Bruno Kreiskys Nahost-Initiativen käme man zum Schluss, dass es den Friedensprozess ohne Kreiskys Visionen und Vorarbeiten gar nicht gegeben hätte.

„In der umfassenden Aufzählung seiner Aktivitäten findet sich Kreiskys Versuch in den 70ern, über Israels Arbeiterpartei und deren Obmann Shimon Peres eine Annäherung mit dem Ziel der Akzeptanz einer palästinensischen Vertretung und von Rechten für das palästinensische Volk zu erreichen. Zugleich überzeugte der österreichische Sozialdemokrat arabische Staaten von der Notwendigkeit, die friedliche Ko-Existenz Israels anzuerkennen, während er über die Sozialistische Internationale versuchte, in den westlichen Staaten Bewusstsein für den Konfliktherd zu wecken.“

Kreiskys Strategie sei gewesen, dass die Stärkung Arafats als gemäßigeren PLO-Führer internationale Anerkennung mit sich bringen sollte, und durch diese Anerkennung sollte Arafat wiederum in seiner gemäßigten Haltung be- und gestärkt werden. *HaGalil* nach John Bunzls Buch weiter:

„Kreisky verstand es mit viel Geschick, arabischen Gesprächspartner mit Respekt zu begegnen (und

³⁹ Worauf Engelberg wohl anspielte, ist, dass Sebastian Kurz (ÖVP) als Bundeskanzler vor dem *American Jewish Committee* (AJC) die – verhängnisvoll einseitige und neutralitätswidrige – Unterstützung Israels zur „österreichischen Staatsräson“ erklärt hatte: „Als Österreicher werden wir Israel unterstützen, wann immer es gefährdet ist.“ Die „Sicherheit Israels“ sei „nicht verhandelbar“, sagte er am 11. Juni 2018 in Jerusalem.

Am 2. Oktober 2024 bekräftigte die deutsche Bundesaußenministerin Annalena Baerbock (Grüne) im *ZDF heute journal* die Unterstützung für Israel, warnte (wiederum) vor einer weiteren Eskalation des Nahost-Konflikts, warb für Frieden in der Region und sagte: „Deutschland steht an der

Seite Israels und Deutschland steht für das humanitäre Völkerrecht ein“ – eine Quadratur des Kreises angesichts des jahrzehntelangen Bruchs des humanitären Völkerrechts? Ein Spaßvogel fragte: „Und was ist, wenn Israel Deutschland angreift...?“ Diese rein theoretische Möglichkeit führt immerhin vor Augen, in welche Sackgasse sich Deutschland (und noch problematischer: Österreich als neutraler Staat, „dank“ Sebastian Kurz) dadurch manövriert, einer extremistischen, religiös-nationalistischen Regierung wie der israelischen eine bedingungslose Blankounterstützung zuzusichern.

⁴⁰ „Austria, Israel und Palästina: 'Zwischen Wien und Jerusalem'“, *haGalil onLine*, Sonntag 01. November 1998.

Geschäfte abzuschließen, die angesichts von Erdölkrise und Bedrohung durch arabischen Terror wesentliche innenpolitische Aspekte beinhalteten), während er zugleich Österreich als Transferland für die Alija von Juden aus der Sowjetunion bereitstellte (und die trotz der – von Golda Meir heftig kritisierten – Schließung des Zwischenlagers für die Flüchtlinge in Schönau weiterging). Bis kurz vor seinem Tod 1990 setzte sich Kreisky auch wiederholt für Gefangenenaustausche ein.“

Am einfachsten ist es jedoch, der Aussage Engelbergs zu begegnen, Bruno Kreisky selber sprechen zu lassen. Am 8. Februar 1988 hielt Dr. Kreisky anlässlich einer Bildungsveranstaltung der SPÖ Penzing im Casino Baumgarten einen Vortrag. Dabei sprach er über die Themen: Anschluss, 1938, Waldheimaffäre, Nahostpolitik, Arbeitslosigkeit und Atomenergie. Das WIFAR (www.wifar.at) verwahrt eine kaum gezeigte Aufzeichnung dieser Rede, in welcher Kreisky mit der für ihn typischen Rhetorik klare und sehr persönliche Worte zu diesen Themenkomplexen fand und damit auch sein politisches Vermächtnis eindrucksvoll umriss.

Nachfolgend ein Transkript des knapp 7-Minuten-Ausschnitts betreffend seine Rolle im Nahost-Konflikt.⁴¹ Der zeithistorische Hintergrund war der Aufstand des palästinensischen Volkes gegen die damals schon zwanzig Jahre dauernde unerträgliche Unterdrückung durch die israelische Militärherrschaft im Westjordanland, deren Auslöser nur zwei Monate davor stattgefunden hatte und unter dem Namen „Erste Intifada“ oder „Krieg der Steine“ bekannt ist.

„Unten im Mittleren Osten vollzieht sich ein furchtbares Blutbad jeden Tag. Ich hab‘ das immer kommen gesehen – und bin sehr traurig darüber, dass es gekommen ist.

Vielleicht erinnert sich der eine oder anderen an diese Zeit, in der ich mich um diese Dinge gekümmert habe als einziger Regierungschef hier in Europa und gewarnt habe, dass das kommen wird. Trotzdem hat es in den Wirtschaftshäusern und Stammtischen geheißt: 'Wos mocht der Kreisky ollaweil bei di Palästinenser?' Natürlich, weil ich der Meinung bin, dass die Palästinenser ein Recht auf Existenz haben, ein Recht auf ihr Leben haben, und dass man ihr Land ihnen nicht wegnehmen darf. Und dass es vor allem die Israelis nicht dürfen – sie müssen eine Lösung finden, wie zwei Staaten neben einander existieren können. Der israelische... [Applaus des Publikums]. Dafür habe ich jahrzehntelang gekämpft und wurde vom Führer der Opposition [nimmt die Brille ab und wendet sich nach rechts] – wie heißt er nur...? [Wendet sich wieder dem Publikum zu und setzt den Satz

fort:] gekämpft, beschimpft, eine unrichtige Politik zu vertreten. [Schaut nochmals kurz nach rechts, während er sagt:] Ich... erspare mir Namen – ich habe bis jetzt noch keine Namen genannt [Schaut wieder ins Publikum], ja? [weiter kurz in Wiener Mundart:] Oba waß eh jeder, wen i maan. [Gelächter im Publikum] Na selbstverständlich – muss gar nicht gesagt werden. Ich habe gemeint: Wenn das unten unabsehbare Sequenzen hat, und wenn einmal die Menschen dort von einem religiösen Fanatismus – also das nennt man heutzutage 'Fundamentalismus' – erfasst werden, dann stehen sie vor der Al-Aqsa-Moschee in Jerusalem, so wie sie vor der Polizei und der Armee des Schah von Persien gestanden sind, und lassen sich niederschließen, weil ihre Religion ihnen sagt: 'Je früher ich tot bin, desto früher bin ich im Paradies, im Land der Wohlgerüche', und eine Strebesehnsucht, eine Todessehnsucht, erfasst sie – und das ist dann ganz gefährlich. [...]

Und ich glaube, dass das dasselbe war in Teheran, wie die Soldaten des Schah gespürt haben und gesehen haben, dass die Menschen dort unbeweglich stehen und von den Salven nicht auseinandergetrieben und zur Flucht getrieben werden, dann haben sie aufgehört zu kämpfen, und der Schah musste weggehen.

Und wenn die Menschen in Israel, in Jerusalem, vom Fundamentalismus erfasst werden, weil sie in der Verzweiflung anders an Gott glauben als wie's jetzt glauben, ja?, und dann stehen, dann wird dasselbe den israelischen Soldaten passieren. Das ist das, was jetzt als Nächstes kommen wird.

Da hat unlängst in einer großen amerikanischen Zeitschrift gesagt: 'Ja, wenn die israelischen Politiker, die israelische Regierung, nicht in der Lage ist, diese Probleme zu lösen, dann soll sie nicht verlangen, dass die jungen israelischen Soldaten sie für sie lösen. Man braucht eine neue Politik.

Und wieder sehen Sie, liebe Genossinnen und Genossen, wohin eine falsche Politik führt. Ich kenn die Araber gut, und ich kenn die Palästinenser gut, und ich mit ihnen in Kontakt gewesen, und erst zuletzt, am letzten

Sonntag, also vor einer Woche, in London, ich war an dem Telefon – Arafat: Ich weiß, dass man jetzt, wenn man nur will, eine Lösung finden kann, nur [hebt laut die Stimme und ruft in das Publikum] muss man



Altbundeskanzler Dr. Bruno Kreisky während seiner Rede am 8. November 1988 über seine Rolle im Nahost-Konflikt.

⁴¹ Aus dem Vortrag von Bruno Kreisky am 8. Februar 1988, Ausschnitt 6:56 Min., [wienerfilmarchiv](http://wienerfilmarchiv.at), <https://www.youtube.com/watch?v=EfElvc7U2hw>.

bereit zu sein, sich an den Tisch zu setzen! [Setzt resignierend fort:] Und dazu ist die gegenwärtige israelische Regierung nicht bereit. – Und [wieder laut:] das Weltgewissen muss jedenfalls sich melden, wenn es schon so spät erwacht, wie es gegenwärtig der Fall ist! Aber jetzt ist es erwacht, und man soll es nicht unterschätzen: Auch ein kleiner Staat, der sich benimmt wie ein Kreuzfahrerstaat, ja?, der wird dafür zahlen müssen. Und [ruft wieder laut:] je früher die Menschen in Israel erkennen, wie dringend Zeit es ist, sich hinzusetzen, und diesen täglichen Mord... mag sein, sie schmeißen Steine... – was haben sie denn anderes als Steine, warum sollen sie nicht Steine schmeißen, sag ich ganz offen, wenn man sie zu Knechten seit Jahren macht; die G'scheiterten müssen die sein, die die Waffen haben!

Jetzt ist die Zeit – und es kann oft passieren, dass man sich in einer Frage [und hebt die rechte Hand hoch] bis an die Spitze hinbewegt in den Gegen

sätzen, und plötzlich kommt dann der Augenblick, wo dann die Leute vernünftig werden. Wir haben's erlebt – Sie werden's erleben, ich sag Ihnen das heute, viele haben's erlebt.

Und so hab ich das [...] Problem hier nur angedeutet, [für das ich] mein Leben lang – im letzten Teil meines Lebens besonders – gekämpft habe: für die Gerechtigkeit und den Frieden unter den Menschen, denn die Waffen bringen nur erneutes Unglück immer, immer und immer wieder.“

Leider sollte Bruno Kreisky Recht behalten. Die blutige Opferbilanz der fast vier Jahre dauernden asymmetrischen Auseinandersetzung stellt sich bis Ende 1990 folgendermaßen dar: 609 Tote auf palästinensischer und 18 auf israelischer Seite sowie 12.000 Verletzte auf palästinensischer Seite und 3.391 auf israelischer Seite. Bis Ende 1991 wurden mehr als 300 Wohnungen zerstört oder versiegelt und 2000 Personen obdachlos gemacht.⁴²

10. Wer „lügt“ hier eigentlich? Das Streitgespräch in der Zusammenfassung

„Die halbe Wahrheit ist meistens eine ganze Lüge.“

Jüdisches Sprichwort

Die Analyse des Streitgesprächs zeigt, dass Martin Engelberg sichtlich eine manipulative rhetorische Strategie verfolgte:

- Sobald Astrid Wagner etwas zur Sprache bringen wollte, was nicht dem offiziellen Propaganda-Image Israels von der „einzigsten Demokratie im Nahen Osten“ und seiner „moralischsten Armee der Welt“, sondern – im Gegenteil – der bitteren Realität eines landräuberischen Apartheid-Staates in seinem gesamten Herrschaftsbereich entspricht und die einseitige Unterstützung der österreichischen Politik anprangert, mit der versucht wird, Palästina-solidarische Demonstrationen zu unterdrücken und zu kriminalisieren, unterbrach Engelberg sie sofort mit der Frage, ob sie „schon einmal in Israel war“.
- Im Nachsatz behauptete er, dass sie „deswegen wirklich keine Ahnung“ habe.

Mit dieser unaufrichtigen Argumentation: „Ich sage Ihnen dazu Folgendes, warum der erste Punkt so wichtig ist, dass Sie noch nie in Israel waren...“, stellte Engelberg alles in Abrede oder übergang, was immer sie vorbrachte, ungeachtet der vielstimmigen Zeugnisse real existierender Apartheid in Israel wie von Amnesty International und dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofs oder der wahren Bedeutung der regierungskritischen Massendemonstrationen in Israel.

Vielsagend ist eine statistische Betrachtung:

- Gezählte neun Mal sagte Martin Engelberg in der Debatte seiner Kontrahentin nach, sie habe „wirk-

lich keine Ahnung“; statt auf ihre stichhaltigen Argumente einzugehen;

- wiederholt beschuldigte er sie, eine „Lüge“ zu verbreiten, obwohl sie ihre Aussagen belegte, auf die er jedoch nicht einging. Stattdessen bezeichnete er sie schließlich pauschal als „unseriös“ – wiederum ohne konkrete Begründung. Obwohl ihn Astrid Wagner auf seine eigenen Falschaussagen hinwies und diese widerlegte (etwa die Behauptung, „From the river to the sea...“ sei ein Aufruf zum „Völkermord an Israel“), ging er darüber hinweg.

Zusammenfassend waren praktisch alle seine Argumente und Behauptungen unwahr, tendenziös und – wenn man so will – unseriös. Besonders bemerkenswert war seine realitätsfremde Behauptung, dass auch in den besetzten Gebieten „vollkommene Gleichberechtigung“, „lebendige Demokratie und Rechtsstaat“ herrsche.

Als Astrid Wagner betreffend Apartheid im Westjordanland auf das IGH Rechtsgutachten verwies, versuchte er, sie mit der völlig unpassenden Behauptung zu unterbrechen, sie würde „immer alles durcheinanderbringen“. Als sie auf Amnesty International verwies, sagte er – faktenbefreit – nur: „Nein, das ist falsch.“

Auf Astrid Wagners Gegenfrage, was denn da „durcheinander“ sei, ging er jedoch nicht ein, während alle von ihr aufgezählten Beispiele über Google und YouTube nachprüfbar sind; auch darauf

⁴² David McDowall: "The Palestinians. The Road to Nationhood", 1994, p. 102.

hatte sie während des Streitgesprächs hingewiesen. Soweit zur inhaltsleeren und sachwidrigen Debatte der Kultur des NR-Abgeordneten Martin Engelberg.

Astrid Wagners Argumente gesammelt aufgereiht:

1. Das Rechtsgutachten des *Internationalen Gerichtshofs* über die Illegalität der dauerhaften Okkupation des Westjordanlandes und der jüdischen Besiedlung;
2. die Bestätigung des Apartheid-Systems, insbesondere in den besetzten Gebieten, durch Menschenrechtsorganisationen wie *Amnesty International*;
3. konkrete Beispiele dafür wie die Trennmauern, die „unvorstellbaren“ Zustände in Hebron⁴³ oder die Straßen, die nur von Israelis benutzt werden dürfen (und daher – nicht ohne Grund – bekannt unter der Bezeichnung „Apartheid-Straßen“);
4. die Bedeutung der weltweiten „Gaza-Bewegung“;
5. die rechtswidrigen Demonstrationsverbote in Österreich;
6. die historisch korrekte Bedeutung der – nicht verbotenen – Parole „From the river to the sea...“;
7. die Beteiligung zahlreicher jüdischer (!) Apartheid-Gegner:innen und Gruppen bei den Demonstrationen gegen den Gaza-Krieg;
8. die Bedeutung Bruno Kreiskys für den Nahost-Friedensprozess;
9. die Entstehung des Staates Israel auf Basis mörderischer Attentate durch terroristische Gruppen wie *Haganá* und *Irgun*;
10. der fortgesetzte illegale israelische Landraub.

Sämtliche Argumente entsprechen nachprüfbar Fakten.

Martin Engelbergs Aussagen gesammelt aufgereiht:

1. Israel ist eine „lebendige Demokratie und Rechtsstaat“, auch in den besetzten Gebieten – krass falsch, widerlegt.
2. „From the river to the sea...“ ein „Aufruf zum Völkermord an Israel“ – falsch und absurd, historisch und juristisch widerlegt;
3. Massendemonstrationen in Israel wegen „Traumatisierung“ und „Bedrohung durch Iran“ – falsch interpretiert, sinnentstellend;
4. Kreiskys Palästinenserpolitik „war überhaupt keine gut funktionierende Politik“ – ganz falsch, widerlegt;
5. man müsse persönlich in Israel gewesen sein, um eine „Ahnung“ über den Nahost-Konflikt zu haben – falsch, absurd;
6. Araber „dienen in der Armee sogar“ – falsch;
7. „Arabisch ist eine offizielle Sprache“ in Israel – irreführend falsch;
8. seine Kontrahentin sei „ahnungslos“, „komplett indoktriniert von irgendeiner Propaganda“ und „bringt alles durcheinander“ – kompromittierende Unterstellungen ohne jede sachliche Grundlage;
9. in Israel hätten alle Gläubigen (sinngemäß) vollkommene Religionsfreiheit – ausführlich widerlegt;
10. in Israel sind alle Palästinenser gegenüber den Israelis „vollkommen gleichberechtigt“ – vollkommen falsch, absurd.

Nachdem zunächst die einzelnen Aussagen der beiden Debattierenden im Fokus standen, soll ergänzend der Blick auf die Gesinnungsgemeinschaft gerichtet werden, die für den kritischen Beobachter offenkundig den ideologischen Hintergrund für Engelbergs stereotypischer Verleugungsstrategie bildet.

Nachgedanken: Auf welcher „Seite Israels“ steht „Österreich“? Ein Blick hinter die Kulissen

Für zionistische Fundamentalisten ist „Palästina-freundlich“ zu sein, anrühlig.

Martin Engelbergs Formulierung: „Österreich und Kreisky waren verschrien als Palästinenser-freundlich“ lässt eigentlich keinen Zweifel über seine Einstellung gegenüber den Palästinensern. Denn der Begriff „verschrien sein“ ist eindeutig:

Wer „verschrien“ ist, ist laut DUDEN anrühlig, bedenklich, berüchtigt, fragwürdig.

Wenn daher eine Person jemanden wegen dessen Freundlichkeit (!) gegenüber Palästinensern als „verschrien“ bezeichnet – was sagt das über sie aus?

Wohl dies, dass ihr diese Freundlichkeit anrühlig, wenn nicht sogar ausdrücklich verhasst ist.

Genau diese Mentalität charakterisiert seit erdenklichen Zeiten die Mentalität militanter Zionisten – so auch ihrer Vertreter in Österreich: Wer freundlich zu Palästinensern ist, wer sich mit ihnen solidarisch erklärt, wer sich auf ihre Seite als diskriminiertes Volk stellt und sich für Gleichberechtigung und Koexistenz einsetzt, wird automatisch und unbesehen als „Feind“, als „israelfeindlich“ oder gar als „judenhassend“ betrachtet; ebenso, wer die zionistische Politik kritisiert. Diese Sprachregelung beweist den totalitären, fundamentalistischen Charakter der Ideologie des Zionismus: Wer sich der –

⁴³ Aktuelle Filmdokumentation über Israels Vorgehen im besetzten Westjordanland: „Spannungen und Gewalt in

Hebron“, 19.02.2024,

<https://www.youtube.com/watch?v=pSQIVx4PEcY>.

angemaßten – Deutungshoheit dessen, was jüdische Identität zu sein hat (nämlich zionistisch), verweigert, gilt als „antijüdisch“, und wer den Zionismus als militante Ideologie ablehnt, zieht sich den Hass ihrer Protagonisten zu und wird als „Antisemit“ diffamiert – diese Keule trifft ebenso jüdische Kritiker, wenn nicht sogar diese ganz besonders, weil sie als „Ver-räter“ ins Visier genommen werden.⁴⁴ Antizionisten wird unterstellt, „Israel auslöschen“ zu wollen, weil militante Zionisten nicht zwischen dem Staat an sich und dessen totalitär gehandhabter Ideologie zu unterscheiden vermögen.⁴⁵

Wer die Zionismus-Ideologie ablehnt, lebt gefährlich und ist in Israel unerwünscht.

Es sei an den ersten politischen Mord der militanten Zionisten in Palästina an ihrem jüdischen Mitmenschen erinnert: Der jüdische Intellektuelle und Aktivist Jacob de Haan wurde 1924 durch einen Kämpfer der 1920 gegründeten zionistischen Untergrundorganisation *Haganá* unter dem Kommando von Jizchak Ben Zwi, dem späteren zweiten Präsidenten Israels, aus dem Weg geräumt. Sechzig Jahre danach gestand der Mörder, Avraham Tehomi, seine Tat in einem Interview im israelischen Fernsehen. Dabei erklärte er:

„Ich habe das getan, was die Haganah entschieden hatte. Nichts wurde ohne den Befehl Jizchak Ben Zwis getan [...]. Ich bedauere nichts, denn er [de Haan] wollte die gesamte Idee des Zionismus zerstören.“⁴⁶

Man beachte: wegen dessen Eintretens für Koexistenz mit den Palästinensern! Schon in vorstaatlicher Zeit handhabten militante Zionisten die

„Idee des Zionismus“ als außerhalb jeder Diskussion stehende, totalitäre (Vor-) Staatsideologie.

Nicht nur in der israelischen extremen Rechten von heute, sondern auch unter sogenannten „Zentristen“ ist dieser militante Zionismus längst zum gesellschaftlichen Mainstream geworden (demgegenüber wurde dieser in der Zeit vor dem Holocaust nur von einer sektiererischen, wenn auch lautstarken und gewaltbereiten Minderheit vertreten). Wie rigoros dies heute vom herrschenden Regime gehandhabt wird, zeigt sich etwa daran, dass „jedes Abweichen von der absoluten Unterstützung der Kriegsanstrengungen in Israel mit Landesverrat gleichgesetzt“ wird; dies berichten der ehemalige israelische Ministerpräsident Ehud Olmert und der ehemalige palästinensische Außenminister Nasser al-Qudwa in einem gemeinsamen SN-Gastbeitrag, in dem sie ihren Friedensplan darlegten.⁴⁷

Daher leben auch – und besonders – heute jüdische und nichtjüdische Personen, die sich gegen die zionistische Ideologie äußern, in Israel gefährlich. Sie sehen sich Anfeindungen, Verleumdungen, politischem Druck oder sogar physischen Angriffen und Verhaftungen ausgesetzt.

- Als sich etwa der jüdisch-israelische Knesset-Abgeordnete [Ofer Cassif](#) an einer friedlichen Demonstration im April 2021 gegen die Zwangs-räumungen von alteingesessenen Palästinensern im Ostjerusalem Stadtteil Sheik Jarrah⁴⁸ beteiligte, wurde ihm als Brillenträger von einem Polizisten ins Gesicht geschlagen.
- Rabbi Arik Ascherman, Mitbegründer von [Rabbis for Human Rights](#) (>>> [Video-Vortrag](#)), wurde

⁴⁴ Bruno Kreisky ist ein besonderes Hassobjekt, weil er die Palästinenser „sichtbar“ gemacht hat, während die militanten Zionisten frühzeitig mit unterschiedlichen Strategien versucht hatten, sie als Volk „unsichtbar“ zu machen und ihnen sogar die Nennung des Namens „Palästina“ verboten hatten.

⁴⁵ Eine eigene Problematik besteht darin, dass Zionisten den Begriff „Antisemitismus“ als Kampfbegriff zur Verteidigung ihrer Ideologie gegen Antizionisten vereinnahmt haben. Jedoch gab es ideengeschichtlich keine historische oder theoretische Beziehung oder wesentlichen Überschneidungen zwischen „Zionismus“ und „Antisemitismus“. Antisemitismus, dessen drei Quellen religiöse, ethnische (rassistische) oder soziale Gründe sind, ist ein Phänomen, das lange vor dem Zionismus existierte (vgl. Azmi Bishara: "Is Anti-Zionism an Form of Anti-Semitism: Anti-Zionism as a Jewish Phenomenon", Series: Case Analysis, 1 March 2019).

Der Zionismus ist eine Bewegung vornehmlich säkularer Juden und entstand nach Schaffung einer neuen Definition des Judentums, die dessen Bedeutung historisch veränderte. Die Mehrheit derer, die sich dem Zionismus entgegenstellten, waren Juden, weil es ihrem Verständnis der rabbinischen Religion und ihrer halachischen Observanz widersprach, in Palästina einen säkularen „jüdischen“ Staat zu gründen. Wenn religiöse

Juden vereinzelt oder in kleineren Gruppen einwanderten, dann nur, um sich im „heiligen Land“ dem Gebet und Schriftstudium zu widmen, und nicht, um Geschäfte zu treiben oder – unter Waffengewalt – eine „jüdische“ Zivilisation zu etablieren. Aufgrund der amoräischen „Drei Eide“ war ihnen dies streng verboten und strikt dem „messianischen Zeitalter“ vorbehalten. S. auch: „Jüdischer und christlicher Antizionismus in Geschichte und Gegenwart (Fritz Weber 2024), <https://bit.ly/49qivVQ>.

⁴⁶ Jerry Klinger: "The Murder of Chaim (Victor) Arlosoroff. Conspiracy and History. Avraham Tehomi, assassin of Jacob Israël de Haan". In: jewishmag.com. The Jewish Magazine, Dezember 2010, abgerufen am 22. Juni 2024 (englisch, ausführliche Darstellung).

⁴⁷ Ehud Olmert und Nasser al-Qudwa: „So könnte der Frieden in Nahost gelingen“, *Salzburger Nachrichten*, 7. Okt. 2024, S. 5. Die beiden ehemaligen Politiker haben einen gemeinsamen Friedensplan vorgelegt, „um einen Weg zur Beendigung des Krieges im Gazastreifen zu finden und um zu neuen Verhandlungen zwischen Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde beizutragen, die zu einem Abkommen führen können, das den gewaltsamen Konflikt zwischen unseren beiden Völkern für immer beendet wird“, schreiben sie.

⁴⁸ „Sheikh Jarrah: Eine menschenrechtliche Tragödie vollzieht sich in Ostjerusalem“ (Fritz Weber 2021). <https://bit.ly/3jfp1Aa>

Dutzende Male verhaftet und körperlich angegriffen, einschließlich mit einem Messer. Er patrouilliert seit über zwei Jahrzehnten auf Feldern von Palästinensern, um die Herden landrüberischer Siedler vom Weiden abzuhalten, und er hat die Narben, die er vorweisen kann, wenn er den Zorn der radikalen jüdischen Gruppen auf sich zieht.⁴⁹

- In Israel kann es vorkommen, wegen der Infragestellung oder Ablehnung des Zionismus als Staatsideologie verdächtigt, streng verhört und festgenommen zu werden. Genau dies ist der international renommierten palästinensischen Rechtswissenschaftlerin und engagierten Friedensaktivistin Nadera Shalhoub-Kevorkian⁵⁰ aus Ostjerusalem widerfahren. Sie wurde am 18. April 2024 festgenommen, verhört und inhaftiert. Aus den Anhörungen geht hervor, dass der Haftbefehl und das aggressive und langwierige Verhör als Reaktion auf ein Interview veranlasst wurden, in dem sie für die Abschaffung des Zionismus in Israel plädiert hatte.⁵¹ Dies ist die Logik der fundamentalistischen Zionisten: Die Abschaffung der Staatsideologie und die Aufhebung der Okkupation des Westjordanlandes und Ostjerusalems würden das Ende „der Idee des (jüdisch-suprematistischen) Zionismus“ wie zur Zeit Jacob de Haans bedeuten (s. o.).
- Der akademische Bereich in Israel steht seit den 1990er Jahren besonders unter Druck. Dadurch sehen sich immer wieder renommierte universitäre Wissenschaftler, aber auch Künstler veranlasst, Israel zu verlassen und ihre wissenschaftliche Arbeit ins Ausland zu verlegen.⁵²

Auf welcher Seite Israels stehen „wir“?

Österreich betreffend sagte Martin Engelberg (s. o.): „Und so stehen wir alle auf der Seite Israels [...]“ – damit schloss er von sich auf „alle“. Doch lässt er die wesentliche Tatsache unerwähnt, dass es „das Israel“ nicht gibt. Wohl kein anderes Land der Welt ist derart zerrissen zwischen krass entgegengesetzten gesellschaftlichen Strömungen, und dies keines-

wegs nur hinsichtlich der beiden unterschiedlichen Völker (ein Viertel der israelischen Bevölkerung ist nichtjüdisch), sondern auch und gerade innerhalb des jüdischen Bevölkerungsanteils bei einer Bandbreite, die von der liberalen Demokratie bis zu deren Abschaffung – man glaubt es kaum – zugunsten einer halachisch-monarchischen „Ajatollah“-Diktatur reicht, Frauendiskriminierung, Auspeitschung und Todesstrafe für Regimegegner und *Halachá*-Gesetzesbrecher inklusiv.⁵³ Die richtige Fragestellung lautet daher: Auf welche Seite Israels stehen wir – auf der Seite Apartheid-Israels oder auf der Seite des „anderen“, liberal-demokratischen Israels?

Daraus ergibt sich Folgendes: Wer sich heute undifferenziert dazu bekennt, „auf der Seite Israels“ zu stehen, steht in Wirklichkeit auf der Seite der herrschenden Regierung und ihrer rassistischen Apartheits-, Besatzungs- und Kriegspolitik. Dieses „Israel“ steht insbesondere seit 29. Dezember 2022 unter der Knute eines demokratiefeindlichen, rassistischen Regimes, das – wohl nicht zu Unrecht – von dem „anderen (demokratischen) Israel“ als „kriminell“ („*crime minister*“) und als „Terrororganisation“ („*Israel's Terror Organization Government*“) abgelehnt wird.⁵⁴ Dies lässt sich in liberalen israelischen Zeitungen nachlesen, etwa mit der Begründung, dass diese Regierung das Land zunehmend und beschleunigend in den Abgrund treibt – sowohl wirtschaftlich als auch sicherheitspolitisch – und in einen Polizeistaat umwandelt. Dieser Druck von Seiten der Politik und der Polizei auf friedliche Demonstrationen pro jüdisch-palästinensische Koexistenz ist auch in Österreich spürbar. Dafür sorgen offenbar sowohl im Hintergrund als auch offen „Israels Statthalter“ im Land, sodass auch hierzulande demokratiebewusste Zionismus-Gegner diskriminiert und diffamiert werden, ihre freie Meinungsäußerung eingeengt und gegen sie in gewissen Printmedien gehetzt wird. Einer der aktuellsten Fälle war die Diffamierungskampagne führender Personen der *Israelitischen Kultusgemeinde* (IKG) in Wien.⁵⁵

⁴⁹ AGENCIES: "Activist Israeli rabbi helps Palestinian farmers in West Bank facing settler violence", TimesofIsrael Nov. 13, 2023.

"Arik Ascherman of Rabbis for Human Rights condemns Oct. 7 massacre, while saying Israelis 'not prepared to distinguish between Palestinian terrorists, terrorized Palestinians'."

⁵⁰ Nadera Shalhoub-Kevorkian ist Inhaberin des Lawrence D. Biele-Lehrstuhls für Recht an der Hebräischen Universität Jerusalem und des Global Chair in Law an der Queen Mary University of London. Sie hat im Laufe ihrer Tätigkeit zahlreiche Preise und Ehrungen erhalten.

⁵¹ Mehr darüber: „Zionismus – eine totalitäre Ideologie? Israels Weg vom idealistischen Kolonisierungsprojekt zum autoritären Polizeistaat. Indizien, Beobachtungen, Erfahrungen und Ausblick“ (Fritz Weber, 2024).

⁵² Den Kampf um die akademische Freiheit in Israel beschreibt der israelische Historiker, Professor Ilan Pappé, anhand seiner Autobiographie: „Wissenschaft als Herrschaftsdienst“ (Hamburg 2011). Pappé ist auch Gründer des Akademischen Friedensinstituts in [Giw'at-Chawiwa](http://www.giw.at-chawiwa).

⁵³ Fritz Weber: „Kommentar: Israel war reif für die jetzige Regierung. Die israelische Gesellschaft befindet sich in Geiselhaft des 'religiösen Zionismus', WIENER ZEITUNG, 16. Februar 2023, S. 12. <http://bit.ly/3YMBnh9>

⁵⁴ Nur eines von zahlreichen Beispielen: Zvi Bar'el: "Ben-Gvir Is the Military Arm of Israel's Terror Organization Government", *Ha'aretz* Aug 28, 2024.

⁵⁵ „[Israel-Lobbyisten attackieren Zionismus-kritische Juden](#). Der 'neue israelische Antisemitismus' am Beispiel der zionistischen Kampagne gegen Omri Boehms 'Rede an Europa'“ (Fritz Weber 2024).

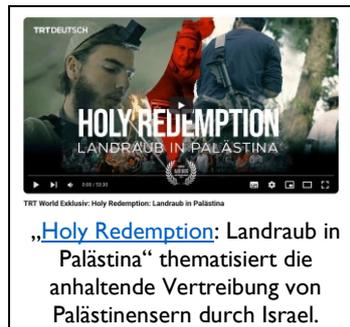
Es ist hoch an der Zeit, zu einer neutralen Politik insbesondere betreffend den Israel/Palästina-Konflikt zurückzukehren.

Der real existierende Israel/Palästina-Konflikt dokumentarfilmisch aufbereitet

Um die demokratie- und menschenrechtspolitisch extrem prekäre Situation im Staat Israel und im besetzten Palästina (Westjordanland) augenöffnend nahezubringen, sei auf folgende Dokumentarfilme hingewiesen. Sie geben einen realistischen Einblick in die Entwicklungen in der israelischen Gesellschaft, die sich in der Politik widerspiegeln: „Israel: Extremisten an der Macht“ des deutsch-französischen Kulturkanals ARTE⁵⁶ (Dauer 1:44, kommentierte Version: [https://www.youtube.com/watch?v=-](https://www.youtube.com/watch?v=-KzqAapVhYU)

[KzqAapVhYU](https://www.youtube.com/watch?v=-KzqAapVhYU)), sowie die eindrucksvolle Dokumentation: „Holy Redemption: Landraub in Palästina“, TRT World Exklusiv,⁵⁷ AJB Doc Winner 2024 (mit wahlweise deutschen oder englischen Untertiteln, Dauer: 53 Min). Der „Holy Redemption: Landraub in Palästina“ thematisiert die anhaltende Vertreibung von Palästinensern durch Israel und deckt koloniale Strategien und systemische Ungerechtigkeiten in einem fesselnden, journalistischen Stil auf. <https://www.youtube.com/watch?v=ZaMGxvD9g0U>.

Israel investiert viel Geld in neue Schnellstraßen, Tunnel, Viadukte und Parkhäuser im palästinensischen Westjordanland. Doch dies führt immer mehr zu einer schleichenden Übernahme der Palästinensergebiete. <https://www.youtube.com/watch?v=p6KFOF8WC6M>



Literaturempfehlung:

Mazin Qumsiyeh: „Kanaan: Ein gemeinsames Land. Menschenrechte und der israelisch-palästinensische Kampf“, Neuauflage 2015 Frankfurt am Main (Originaltitel: "Sharing The Land of Canaan"), 374 Seiten.

Prof. Dr. Mazin B. Qumsiyeh <http://qumsiyeh.org/>

(geboren 1957 in Beit Sahour bei Bethlehem) ist ein palästinensischer Wissenschaftler und Autor, Gründer und Direktor des 2014 gegründeten *Palästinensischen Museums für Naturgeschichte* (PMNH) und des *Palästinensischen Instituts für Biodiversität und Nachhaltigkeit* (PIBS) an der *Universität Bethlehem*, wo er auch lehrt. Er ist Direktor beider Einrichtungen und hat deren Programme mit großem Erfolg auf Öffentlichkeitsarbeit, Empowerment und Bildungsarbeit ausgerichtet.

Nachdem er an der *Universität von Tennessee*, der *Duke University* und der *Yale University* tätig war, forscht und lehrt er seit 2008 an den *Universitäten Bethlehem* und *Birzeit* fortgeschrittene Molekularbiologie. Hier schloss sich Qumsiyeh mit anderen Professoren zusammen, um den ersten Biotechnologie-Masterstudiengang in der Region einzuführen.

Im Laufe seiner Karriere hat er weit über 150 wissenschaftliche Arbeiten zu Themen vom kulturellen Erbe bis zur biologischen Vielfalt sowie mehrere Bücher veröffentlicht. Darüber hinaus ist er Mitglied im Vorstand mehrerer palästinensischer Jugend- und Hilfsorganisationen wie dem *Al-Rowwad Children Theater* und dem *Siraj Center*.

Prof. Qumsiyeh hat auf der ganzen Welt Vorträge und Präsentationen zu Menschenrechten, palästinensischem

Widerstand und Empowerment und die Einstaatenlösung gehalten.

Die Schulprogramme des PMNH arbeiten mit Schülern gemischter und einzelner Schulen zusammen, um Umweltclubs zu entwickeln, die Gärten bepflanzen und recyceln und gleichzeitig unternehmerische Projekte fördern, die ihren Gemeinden etwas zurückgeben. Durch die Betonung einer Philosophie des Respekts werden die Freiwilligen, Mitarbeiter und Teilnehmer des PMNH ermutigt, sich selbst, andere und die Umwelt zu respektieren, indem sie eine gesunde, nachhaltige Umwelt für alle Lebewesen schaffen und erhalten.

In Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsministerium und der Umweltqualitätsbehörde entwickelt das PMNH neue Wege, um Frauen auszubilden und zu befähigen, eine gesündere Umwelt zu schaffen, die die lokale Produktivität durch Ökotourismus, Permakultur und Heimprojekte erhöht. Die Mitarbeiter des PMNH arbeiteten auch mit dem



M. Qumsiyeh being arrested in Al-Walaja 6 May 2010 and on 15 May 2011

Frauenministerium zusammen, um ein Bildungsprogramm für Frauen in ländlichen Gemeinden zu starten.

⁵⁶ Die ARTE-Redaktion wurde mehrfach ausgezeichnet, und zahlreiche Produktionen und Koproduktionen wurden mit wichtigen internationalen Preisen ausgezeichnet („Bildungsfernsehen im besten Sinne“).

⁵⁷ Als Vorbild für TRT World dienten unter anderem die *Deutsche Welle* (Deutschland), *Al Jazeera* (Katar) und *NHK TV* (Japan).